

# Holzwind

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN UND UMGEBUNG

Flugreisen mit dem  
Busfahrerschein?



Einzelhandelsverband  
trauert verkaufsoffenem  
Samstag nach

Borggraefes  
Streichorchester

*Liebe Leute!*

Wie Ihr ja sicher bemerkt habt, kam unsere letzte Ausgabe ja doch etwas später als erwartet raus. Nun ja: Ehrenamtliche Arbeit von ewig gestreßten Mitarbeiter/innen artet öfter mal aus; meistens ins Uferlose, zumindest aber ins absolute Chaos. Im Rückblick auf dieses Jahr muß ich meiner Crew allerdings auch ein dickes Lob aussprechen: Trotz aller negativen (Begleit-) Umstände ist es immer wieder gelungen, sauber recherchierte und kritische Artikel fertigzustellen. (Was einem Herrn PC(B)...ja immer noch einen Adrenalinstoß verschafft.) Weiter so, kann ich da nur sagen! Was das Jahr 1988 betrifft, so werden wir natürlich weiter auf den Spuren von Filz, Kungel und Co bleiben.

Was ich von 1988 erwarte? Na, zum Beispiel eine (bessere) Arbeitsteilung innerhalb des Holzwurms...und von euch Lesern?

Ihr habt wohl gedacht, Ihr kommt blauäugig davon? Welt gefehlt.-Ich vermisse Eure Resonanz; in Form von Leserbriefen o.ä. Ja, ja. Ihr könntet ruhig öfter zu Papier und Stift greifen! - Wenn Euch das nicht genügen sollte, könnt Ihr natürlich auch kontinuierlich bei uns mitarbeiten. Wir freuen uns über jeden Zuwachs! Habt Ihr euch also schon etwas für das neue Jahr vorgenommen, sollte dieser Punkt oben stehen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch einen geruhsamen Einstieg ins neue Jahr und verbleibe bis dahin  
Euer (mittlerweile wieder urlaubsreifer)



## Arbeitskämpfe bei Becorit

8.00 Uhr morgens: Die Kreuzung Herner Str./Werkstättenstraße ist blockiert. Nachdem in anderen Städten schon blockiert wurde, folgten nun auch die Recklinghäuser diesem Beispiel.

Trotz der Aufforderung des Betriebsrates, die Blockade aufzulösen, ließen sich die Arbeiter von Klöckner-Becorit nicht beirren und hielten auch der Kälte stand. Selbst Jo Welt und A.Bönte "solidarisierten" sich mit den Becorit-Arbeitern. Den genauen Ablauf findet ihr ab Seite:

12

# INHALT

# INHALT

## Skinhead-Treffen in RE

Wie man ein Problem herbeireden kann, warum Skins im Grunde friedfertige Menschen sind und inwiefern der Recklinghäuser Einzelhandel unter dem Sensationsjournalismus der hiesigen Presse gelitten hat, "ja, das alles auf Ehr"(J. Strauß "Fledermaus") und auf S.

8

## Vestische im Höhenflug

Fliegen statt fahren: eine neue Dimension der Fortbewegung im US-Stil? Gründe und Hintergründe der Fusion der Vestischen und des Flughafens Loemühle auf S.

16

## Ein Gerücht geht um

"Bummelpässe" für Behinderte und sozial Benachteiligte wollte der Schaustellerverband Recklinghausens vergeben, damit auch diese Gruppen ihren Spaß an den (Freß-)Buden des Weihnachtsmarktes hätten. So hieß es. Wie diese Gutscheine zu ergattern waren, steht auf S.

20

<u>Lokales</u>	
Nachlese zum Skinhead-Treffen.....	8
Dümmliches aus dem Kreishaus.....	39

<u>Stadtplanung</u>	
Löhrhofcenter: Grothe will verkaufen.....	15

<u>Verkehr</u>	
Flughafen Loemühle!.....	16
Der tägliche Fußgänger-Dreikampf.....	32

<u>Arbeit</u>	
Bürgerpost in Gefahr....	11
Arbeitskämpfe bei Becorit.....	12
Recklinghäuser Weihnachtsgeschäfte....	19

<u>Soziales</u>	
Schummelspaß mit dem "Bummelpaß".....	20
Borggraefes Streichorchester.....	28

<u>Frieden</u>	
DKP soll Feuerwehreinsatz bezahlen.....	22

<u>Kultur</u>	
Bald das Aus für die Ruhrfestspiele?.....	31

<u>Frauen</u>	
Frauenportrait: Sophie Mereau.....	34
Weg mit dem §218!.....	38

<u>Deutscher Herbst</u>	
10 Jahre Deutscher Herbst Teil 3.....	24

<u>Bleiwüste</u>	
Ich bin ein Anderer....	10

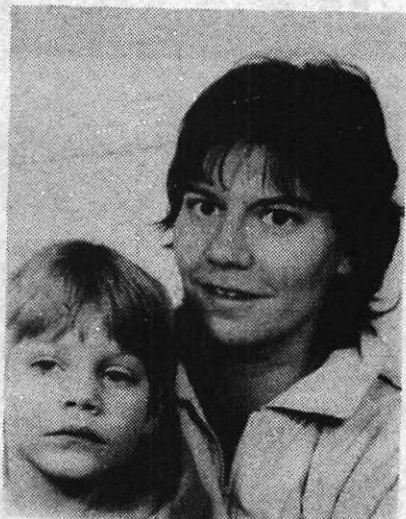
<u>Türkei</u>	
Sofortige Freilassung von Sargin und Kutlu.....	30

<u>Rubriken</u>	
Kleinanzeigen.....	4
Impressum.....	14
Feste Termine/Adressen..	40
Termine.....	41

# MAGAZIN

## Berufsverbot durch Gericht bestätigt

Durch das Arbeitsgericht in Herne wurde am 11.12.87 die Kündigung der in der DKP aktiven Martina Beckmann (ehemals Erzieherin in der Caritas-Kindertagesstätte in Recklinghausen), durch den Caritasverband, vorläufig bestätigt.



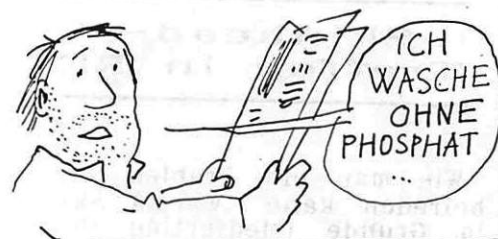
Erzieherin Martina Beckmann

Zur Erinnerung: Ausgelöst wurde die Kündigung durch ein Schreiben des Rechtsaußen der SPD, Horst Niggemeyer, im Januar '87. In diesem Schreiben gedachte Niggemeyer sogenannte Verflechtungen zwischen der Dattelner DKP und den GRÜNEN aufzudecken (wir berichteten). In diesem Brief wurde u.a. auch Martina Beckmann namentlich erwähnt: "... zwischenzeitlich hat die DKP-Vorsitzende Martina Beckmann eine neue Beschäftigung gefunden. Die erwähnte Erzieherin ist in ... tätig. Der Weg der Dattelner DKP-Chefin in den Reckling-

häuser Caritasdienst ...". Diesen Brief erhielt u.a. Frau Beckmanns Arbeitgeber, der damalige Geschäftsführer der Caritas, Schäfer. Gleichzeitig initiierte Niggemeyer über die Recklinghäuser Zeitung eine Pressekampagne gegen Martina Beckmann.

Der Caritasverband reagierte prompt. Im März '87 wurde Martina Beckmann gekündigt. Der Kündigungsgrund: Unvereinbarkeit der kommunistischen Ideologie mit der Lehre der katholischen Kirche! Martina Beckmann wehrte sich gegen diese Kündigung und ging gerichtlich dagegen vor. Unterstützt wurde sie von der Elternversammlung der Kindertagesstätte, durch zahlreiche Leserbriefe, einen Solidaritätsarbeitskreis, den OTV....

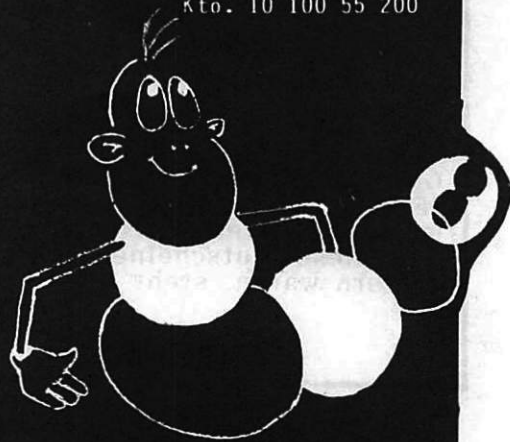
Ein vorläufiges Ende des Rechtsstreites wurde jetzt durch das Arbeitsgericht Herne verfügt. Die Kündigung durch den Caritasverband sei rechtmäßig, da Martina Beckmann eine leitende Funktion in der DKP innehatte. Von daher sei eine Unvereinbarkeit zwischen der kommunistischen Ideologie und der Caritas, als kirchlichem Arbeitgeber nicht zuzumuten. Schließlich wurde dem Caritasverband zugestanden ein tendenziöser Betrieb zu sein und von daher weniger Toleranz(!) gegenüber Andersdenkenden zu zeigen.



## Holzworm

Münsterstr. 2a  
4350 Recklinghausen  
te.: 02361/ 15698

Bankverbindung  
Bank für Gemeinwirtschaft  
BLZ 426 101 12  
Kto. 10 100 55 200



# MAGAZIN



## Belohnung für Heinz Lenßen

Der persönliche Wahlkampfleiter des Recklinghäuser Bundestagskandidaten H. W. Meyer wird jetzt für seinen Wahleinsatz belohnt. Er löst den bisherigen Bezirksleiter der IGBE, Dieter Bendrath, ab. Bendrath wird zur IGBE-Hauptverwaltung weggelobt.

Der Grund soll seine geringe Verwurzelung mit der SPD am Ort und sein wenig geschicktes Eingreifen während der Betriebsratswahl der Recklinghäuser Schachtanlage Blumenthal sein. Heinz Lenßen ist Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in unserer Stadt und stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Suderwich. Seit dem, für IGBE-Funktionär Meyer erfolgreichen, Wahlkampf hat er sich neben dem Hochlarmarker Hückelkamp zum Führer der IGBE-Seilschaft der hiesigen SPD hochgearbeitet.

## Verkaufsstellen des Holzwurms in Recklinghausen

### Buchhandlungen:

Attatroll.....Ecke Herner Str./Paulustr.  
Büchereule.....Fußgängerzone, Herten  
Bahnhofsbuchhandlung.....Hauptbahnhof  
Streubel.....Kunibertstr. 30  
van Ahlen.....Heilig-Geist-Straße  
Winkelmann.....Steinstr. 2

### Kneipen:

Acht - Acht.....Königswall  
Drübbelken.....Münsterstr. 5  
Flexi.....Schulstr. 85  
Grauzone.....Oerweg 53

### Kioske:

C. Sonntag.....Oerweg 45  
Venzke.....Dortmunder Str. 29  
Z Z Z.....Breite Str.

### Sonstige:

Altstadtschmiede.....Kellerstr. 10  
Naturkostladen Sonnenblume.....Springstr. 2  
Naturkostladen Wurzel.....König-Ludwig-Str. 24  
Cafe Stube.....Oerweg 4

## Wahr und Unwahr

Wahr ist, daß 12 Mitarbeiter der Stadtbücherei ca. 17500 DM im Lotto gewonnen haben.

Unwahr ist, daß Stadtdirektor Peter Borggraefe verlangt hat, daß dieser Betrag der Stadt geschenkt werden muß, um neue Bücher anzuschaffen und die vorhandenen Bestände instandzusetzen.

**Emil** 

DETLEF SURREY



stieß ich im Flur auf zwei Männer, offensichtlich Berufsberater, die gerade dabei waren Schilder mit Berufsnamen auf einer Tafel zu befestigen. Was soll das?, fragte ich mich nicht, denn ich wusste bereits, daß sich diese Berufsbezeichnungen ebenfalls auf Ausbildungsplätze beziehen. Neben ihnen steht jeweils wieviele davon wo noch frei sind. Neben den meisten steht nichts.

Wie Berufsberater das nun mal so an sich haben, berieten die beiden irgendetwas über Lehrstellen oder die Tafel oder die Schildchen? - ich bekam es nur halb mit. Lediglich das Wort "Vermessungstechniker" machte mich hellhörig, dieser Beruf war unten auf der Liste nicht angegeben, interessiert mich aber trotzdem sehr. Bevor ich noch dahinter kommen konnte, was es jetzt damit auf sich hatte, wurde ich jedoch in die Anmeldung gebeten. Ich sagte was ich wollte, nämlich die Adressen zweier Ausbildungsbetriebe, um mich zu bewerben, und fügte auf Gut Glück den "Vermessungstechniker" hinzu.

Von zwei der angesprochenen Stellen bekam ich die Daten, die dritte war bereits besetzt. Unter den beiden anderen war der Vermessungstechniker. Bewerbungen für diese Stelle sollten bis zum Sylvester 1987 an den Stadtdirektor Recklinghausen gerichtet werden.

Aus der Anmeldung kommend blickte ich noch einmal auf die Tafel mit den Ausbildungsplätzen. Es gab zum Vermessungstechniker keinen Eintrag. Bis heute, dem 16. Dezember, steht dieses Lehrstellenangebot nicht auf der ausgehängten Liste am BIZ. Für diese Plätze bei der Stadt gibt es scheinbar keine offene Ausschreibung.

Uwe  
■ ■ ■

## Gleiche Chancen für alle?

Fasziniert von den, am Recklinghäuser Berufs-Informationen-Zentrum aushängenden, sofort besetzbaren, Lehrstellenangeboten, begab ich mich im vergangenen Monat (Dezember) in den ersten Stock des Gebäudes. Dort

# Kleinanzeigen

■ ■ ■

■ Solvent ist er ja, der Uwe, doch hat er immer noch keine hübsche Recklinghäuser Wohnung gefunden, die sein Leben mit ihm teilt. Dabei ist er durchaus ruhig und belastbar, wie dies Foto, das seinen Typ darstellt. Tel. Re 15698



■ ■ ■

■ Hallo Ralf! Die al-  
lahliebsterzlichsten Glück-  
wünsche zum Geburtstag von  
den, mit freundlichen Hoff-  
nungen für Dein weiteres  
Seelenheil, verbleibenden  
Holzwürmern.

■ ■ ■

■ Zwei Sessel zu verschen-  
ken. Agnes, Tel. Re/13554

■ ■ ■



■ Bernhard bietet an: So-  
lide, handgefertigte Körbe.  
Tel. 02361/29840 oder 15698

■ ■ ■

## WEGE INS GESELLSCHAFTLICHE ABSEITS: DAS SPONTANERBRECHEN



■ Hallo Jochen! Einen unge-  
streßten Rutsch ins '88 im  
Dorf Münster wünscht Dir von  
hier aus: Andrea

■ ■ ■

■ Immer noch verzweifelt  
gesucht: Alte Aktenordner!  
Hebbert Holzwurm, Münsterstr.  
2a, bitte vorbeibringen.

■ ■ ■

■ Wir, Anke, Elke und Ute,  
wollen endlich in Hertzen oder  
Recklinghausen ein gemütli-  
ches Café haben, wo Frau/-  
Mann/Kind sich wohlfühlt.  
Unsere Idee ist es, ein Voll-  
wert-Café aufzumachen. Wel-  
che Frauen (ohne/mit Kin-  
dern) haben Mut, Lust und  
Energie dabei einzusteigen?  
Tel. 02366/43131, 02361/147  
78, 02361/15394

■ ■ ■

Veröffentlicht bitte in der nächsten Nummer kostenlos  
folgende private Kleinanzeige:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Ausfüllen, aussägen, eintüten und ab geht's an:  
HOLZWURM, Münsterstr. 2 a, 4350 Recklinghausen

Und von wem ? \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

# Nachlese zum "Skinhead-Treffen":

## Einzelhandelsverband trauert Samstag nach

Das in Recklinghausen vermutete Skinhead-Treffen treibt im Nachhinein noch so seine Blüten. Erst in diesen Tagen fiel ein Schreiben des Einzelhandelsverbandes, Kreis Recklinghausen, in unsere Hände. Es ist so (verkaufs-)offen formuliert, daß wir uns jeglichen Kommentar ersparen wollen. Im Wortlaut:

An unsere Mitglieder in Recklinghausen-Innenstadt  
12.11.87  
Betr.: Letzter langer Samstag

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie erwartet, war der letzte lange Samstag umsatzmäßig katastrophal. Im Schnitt verlor der Einzelhandel 60-70 % seiner erwarteten Umsätze. Es ist deshalb verständlich, daß darüber nachgedacht wird, ob in irgendeiner Form dieser verlorene Samstag nachgeholt werden kann. Hierzu ist zu sagen, daß ein verkaufsoffener Sonntag in diesem Jahr nicht mehr möglich ist. Wegen

der stillen Feiertage am 15. und 22.11. fallen diese Tage aus. Im Dezember sind verkaufsoffene Sonntage grundsätzlich verboten. Es bliebe nur noch der 29.11. übrig, der aber nur dann verkaufsoffen sein dürfte, wenn am vorausgehenden Samstag, den 28.11., (1. verkaufsoffener Samstag vor Weihnachten) die Geschäfte bereits um 14.00 Uhr schließen würden. Zusätzliche verkaufsoffene Samstage sind gesetzlich nicht möglich.

Eine Diskussion um zusätzliche Ladenöffnungszeiten bringt deshalb nichts und würde nur die Gefahr heraufbeschwören, daß die Ge-

werkschaften, die zur Zeit wegen der Lage der Arbeitszeit Streiks planen, Recklinghausen als bevorzugten Streikort aussuchen könnten. Daran kann aber niemand interessiert sein, da ein Streik vermutlich ebenso Kunden von der Innenstadt fernhalten würden.

Wir sind enttäuscht über das Verhalten der Recklinghäuser Lokalpresse, die im wesentlichen das Skinhead-Problem herbeigeredet hat. Einen Tag, nachdem die Werbegemeinschaft der Presse mitteilte, daß selbstverständlich die Kaufleute am 07.11. ihre Geschäfte offenhalten



Während die Polizei die eintreffenden Skins wieder in die Züge setzt wird der Recklinghäuser Hauptbahnhof hermetisch abgeriegelt.





Kurz nach dem Beginn der Demo am verkaufsoffenen Samstag

würden, hat die WAZ in Ca-  
strop-Rauel noch darüber  
berichtet, daß die Reckling-  
häuser Geschäfte verbarrika-  
diert würden. Auch Schlag-  
zeilen wie "Handel zittert vor  
Skinheads", wie sie in der  
Recklinghäuser Zeitung zu  
lesen waren, haben mit dazu  
beigetragen, ein Problem  
herbeizureden und durch  
ständige publizistische Anre-  
gung erst zu einem Problem  
werden zu lassen. Der Zorn  
des Recklinghäuser Einzel-  
handels auf die Lokalpresse  
ist deshalb verständlich,  
zumal ständig Gespräche mit  
der Presse über ihr Verhalten  
geführt wurden. Worte wie  
"Sensationsjournalismus" sind  
zwar ein sehr schwerer Vor-  
wurf, aber nicht ganz unbe-  
rechtigt. Dem Einzelhandel ist  
klar, daß er die Presse  
braucht. Aber auch die Presse  
muß daran denken, daß sie  
den Einzelhandel zu ihrer  
Existenz braucht. Eine solch  
aufreizende Berichterstattung,  
wie sie im Vorfeld des 07.11.  
gelaufen ist, darf sich des-  
halb nicht noch einmal wie-  
derholen; denn ungestraft  
schädigt keiner seine besten  
Kunden.

Unser Dank gilt der Polizei,  
die durch ihr umsichtiges und  
starkes Auftreten Schlimmes  
verhütet hat und stets das  
Gefühl der Sicherheit für  
Kunden und Personal vermit-  
telte.

Mit freundlichen Grüßen  
Einzelhandelsverband Kreis  
Recklinghausen e.V.  
Hariegel  
Geschäftsführer

Anzeige

# SONNENBLUME

Springstraße 2  
am Hauptbahnhof

... täglich frisches Brot & Brötchen  
köstliche Milchprodukte sowie  
Gemüse und Obst aus biologischem Anbau ...

Montag bis Freitag: 9-13 und 15-18 Uhr  
Samstag: 9-13 Uhr

# NATURKOST

# BLEIWÜSTE

## Ich bin ein Anderer

Die Verwendung des Wortes 'Ich' ist für den Menschen scheinbar vollkommen unproblematisch und selbstverständlich. Man sagt: Ich gehe jetzt, Ich habe Hunger, Ich werde morgen nach M. fahren, Ich habe mich gestern schlecht gefühlt (etc.). Wer oder was ist aber dieses 'Ich', mit dem man sich tagtäglich ungezählte Male tituliert? Jemand ist offenbar dann ein 'Ich', wenn er etwas tut, getan hat oder noch tun wird, oder wenn ihm etwas widerfahren ist (z.B. Leid, Hunger). Schwieriger wird es, wenn dem einen Ich ein Du, d.h. ein anderes Ich entgegentritt. Ich stehe hier und Du stehst dort. Mein Ich grenzt mich vom Du ab. Nicht Du stehst hier, sondern Ich. Durch diese Abgrenzung wird aber lediglich festgestellt, daß sich zwischen dem Hier und dem Dort eine Distanz (z.B. von 2 Metern) erstreckt.

Eine solche Distanz kann es aber auch zwischen Dingen (z.B. parkenden Autos) geben, ohne daß die Dinge sich wie Ich und Du zueinander verhalten, d.h. aus der räumlichen Distanzierung kann man nicht ermitteln, wer oder was dieses 'Ich' ist, das sich von anderen abgrenzt. Sicher scheint nur zu sein, daß ich nicht der Andere bin. Der Andere ist der Andere; Ich bin Ich, Ich war Ich und werde Ich sein. Das Ich ist offenbar nicht bloß punktuell hier (räumlich) und jetzt (zeitlich) ein Ich, sondern vielmehr ein historisches Ich, das war, ist und sein wird. Historisch betrachtet kann das Ich aber nicht stets dasselbe sein (der Erwachsene und das Kind wären somit identisch), d.h. es ist nicht Ich, sondern ein Anderer. Ist dieser Satz nicht vollkommen falsch, ja unsinnig? Verhält es sich vielleicht mit dem Ich ähnlich wie mit einer Gesellschaft, die z.B. einst monar-

chistisch, dann faschistisch und zuletzt demokratisch gesinnt ist? Handelt es sich hierbei um eine Gesellschaft mit drei unterschiedlichen (d.h. jeweils anderen) Gesichtern, oder um drei verschiedene Gesellschaften? Ist diese Gesellschaft immer sie selbst, oder jedesmal eine andere? Man betrachte dieses grundsätzliche Problem aus der individuellen Ich-Historie.

Wenn wir auf unsere individuelle Lebensgeschichte zurückgehen, werden wir z.B. mit dem Phänomen konfrontiert, daß wir die alten Familienfotos auf denen unsere eigenen Baby- und Kinderjahre festgehalten sind, erstaunt ansehen. Auf den alten Fotos begegnet uns eine fremde Lebenswelt, mit der wir nicht mehr vertraut sind, da unsere heutige anders ist. Man selbst ist kein Kind mehr, sieht anders aus, denkt und lebt anders, gleiches gilt für die Eltern und Verwandten, sofern sie überhaupt noch leben. Man erinnert sich an das Früher aus eigenem Vermögen nicht mehr, oder nur noch teilweise, zumeist noch in verzerter Form. Dennoch zeigt man auf das Babyfoto und sagt: Das bin Ich! (Vorausgesetzt man erkennt sich überhaupt.) Wie ist dieses nun zu verstehen?

Mit dem Eintritt in die Erwachsenenwelt habe ich zugleich die Kinderwelt verlassen und verlernt die Welt mit den Augen des Kindes zu sehen, daß den Mond betrachtet und sodann eine Münze zwischen Augen und Mond hält und sagt: "Die Münze ist größer als der Mond, weil sie ihn verdeckt". Heute bin ich ein Anderer als damals, beide Ichs sind nicht identisch, sie verhalten sich wie Ich und Anderer zueinander. Diesen Anderen, der

Ich einst war, betrachte ich heute auf dem Foto so, wie ich im allgemeinen andere Menschen ansehe: Ich schaue ihnen ins Gesicht. Ebenso wie der von mir angeblickte Mensch sich aber niemals selbst so sehen kann, wie ich ihn sehe (selbst im Spiegel sieht er sich nicht in der gleichen Weise, wie ich ihn sehe), hat sich auch das kleine Baby, das Ich einst war, niemals so gesehen, wie Ich es heute sehe. Man nehme an, das Baby weint auf dem Foto. Ich sehe diesen weinenden Anderen, wie er mich anschaut, düster, tränenüberströmt, den Mund aufgerissen, das Gesicht durch Falten verformt. Davon sah das Baby, als es vor vielen Jahren wirklich weinte, jedoch nichts, durch die Tränen verschwommenen Augen betrachtete es lediglich den Vater, der mit der Kamera hantierte. Davon sehe ich wiederum nichts, würde ich es, wäre ich das Kind, was ich aber nicht bin. Ich bin ein Anderer.

Was passiert aber nun, wenn dem Ich ein leibhaftiges Du gegenübertritt, das nicht als Foto existiert, sondern in diesem Augenblick ins Zimmer tritt? Ist dann nicht die alte Trennung wieder hergestellt? Ich bin Ich, und der Andere ist der Andere? Wenn es nun in der Tat stimmt, daß zu mir (meinem Ich) auch die Sichtbarkeit gehören, die ich selbst nicht so sehen kann, wie der Andere sie sieht (z.B.: die Form meines Hinterkopfes, die Statur meines Rückens, meine Augen, d.h. Weinen, Lachen...), dann ist ein Teil meines Ich immer beim Anderen.

Umgekehrt gilt dasselbe: Ein Teil des Anderen-Ich ist immer bei mir (meinem Ich). Ich bin immer auch der Andere, der Andere ist immer auch Ich. Aufschlußreich hierfür ist die Tatsache, daß wir nicht jedermann umstandslos unser Paßfoto zeigen wollen, ohne uns zumindest dafür zu entschuldigen, daß das Bild nicht so gut geworden sei. Mein Foto zeigt eine Sichtbarkeit von mir, die grundsätzlich nicht unter meiner Kontrolle, sondern unter der des Anderen steht. Was Ich bin, erfahre ich durch die Reaktionen des Anderen auf mich, so z.B. wenn der Andere mein Foto sieht und sagt: "Du bist häßlich".

Martin W. Schnell

# Bürgerpost in Gefahr

Nicht nur Bergarbeiter, ehemalige KPD-Vorsitzende und komischerweise keine Stadträte machen sich Sorgen um ihre Zukunft, auch die Angestellten der Bundespost fürchten um ihr Auskommen. Da dieses Thema in der örtlichen Presse etwas stiefmütterlich behandelt zu werden scheint, im Holzwurm-Pressespiegel fand sich aus den hiesigen Zeitungen keinerlei Artikel dazu, nutzen wir hier die Gelegenheit und drucken einen Aufruf der Deutschen Postgewerkschaft ab. Dieser erreichte uns am 30.11. und beleuchtet des Problem der Dreiteilung der Post aus gewerkschaftlicher Sicht.

## Aufruf der Postgewerkschaft

Eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission hat dem Bundeskanzler am 16. September ihre Empfehlungen für eine Neuordnung des Fernmeldewesens übergeben. Die Kommission ist weit über ihren Auftrag hinaus gegangen und schlägt dem Postminister eine Dreiteilung der Post und zwar in

1. Deutsche Bundespost Postdienst
2. Deutsche Bundespost Postbank und
3. Deutsche Bundespost Telekom vor.

Die Deutsche Postgewerkschaft läuft gegen diese Pläne, die mittlerweile in einem Gesetzentwurf vom 22. 10.87 festgelegt worden sind, Sturm und stellt nach Prüfung des Gutachtens der Regierungskommission und des Gesetzentwurfes fest:

- Das Post- und Fernmeldewesen, wie es über Jahrhunderte gewachsen ist, soll zerschlagen werden.
- Privaten Rosinenpickern soll Tür und Tor geöffnet werden.
- die einheitliche Post- und Fernmeldeversorgung für alle auch sozialstaatlichen Prinzipien soll beseitigt werden.

- arbeitnehmer- und verbraucherfeindliche Pläne sollen in die Tat umgesetzt werden.

Postminister Schwarz-Schilling geht sogar noch über die Pläne und Empfehlungen der Regierungskommission hinaus. Er will die Bundespost innerhalb kürzester Zeit völlig umkrempeln. Wenn Regierungskommission und Postminister sich im Bundestag über den Gesetzentwurf gegen die Mehrheit der Bevölkerung und gegen die Postbeschäftigten durchsetzen, wird bei der Post nichts so bleiben wie es ist.

- Im Fernmeldewesen können Privatunternehmen sich die profitablen Rosinen herauspicken - ähnlich wie im Paketdienst. Der Bundespost bleiben die Verluste.
- Gewinne werden privatisiert, Verluste auf Kosten der Postbenutzer, der Beschäftigten und letztlich unseres Staates sozialisiert.
- Der zwingend notwendige Finanzausgleich zwischen dem Fernsprehdienst und solchen Ortsdiensten, die aus gemeinwirtschaftlichen oder politischen Gründen nicht kostendeckend arbeiten können, wird in fünf Jahren auf Null abgebaut.
- Die gesamte Post wird in die roten Zahlen abrutschen - ähnlich wie die Bundesbahn.

Die Postgewerkschaft befürchtet erhebliche Gebüh-

renerhöhungen sowie Rationalisierungsmaßnahmen in Hülle und Fülle ganz besonders im Postdienst. Die Gewerkschaft appelliert an alle Bundestagsabgeordneten: "Verwerft ein solches Gesetz und erhaltet dem Bürger seine Bürgerpost."

Ortsverwaltung der Deutschen Postgewerkschaft  
Postamt  
Naumann, 2. Vorsitzender

Deutsche Postgewerkschaft  
Ortsverwaltung Post  
4350 Recklinghausen

Man sagt einfach:  
»Die Süddeutsche«  
und jeder  
weiß Bescheid.

Süddeutsche Zeitung

# Arbeitskampf:

## Becorit-Arbeiter kämpfen um ihre Arbeitsplätze



Straßenblockade der Becoritarbeiter auf der Herner Straße

## Das hatte Recklinghausen bisher noch nicht erlebt!

Seit 8.00 Uhr morgens waren am 11.12. ca. 50 aufgebrachte Kollegen von Klöckner-Becorit in Blaumännern mit Transparenten auf die Kreuzung Herner Straße/Werkstättenstraße gezogen und blockierten nun den Verkehr. Durch Telefonanrufe aus Castrop hatten sie erfahren, daß dort bereits die Frühschicht seit 6.00 Uhr die Wartburgstraße besetzt hielt, nachdem bekannt geworden war, daß die Firmenleitung noch vor Weihnachten jedem 2. Beschäftigten kündigen wolle. In den Fernsehnachrichten am Abend zuvor hatten die Kollegen sehen können, daß sich nur etwas bewegt, wenn, wie in Rheinhausen, zur Sache gegangen wird. Die Arbeiter dort hatten die Rheinbrücke gesperrt.

## Ede Ott aber auch nicht!

Diese Radikalität war einigen Leuten des Becorit-Betriebsrates doch etwas unheimlich. Man kann schließlich nie wissen, was sich manche in den Kopf setzen, wenn man sie unkontrolliert gewähren läßt. Deshalb forderte Eduard Ott, Becorit-Betriebsratsvorsitzender, seine Kollegen anfangs immer wieder auf, lieber eine Versammlung in der Halle auf dem Werksgelände durchzuführen; auf der Straße sei es doch zu kalt. Aber die 50 Kollegen ließen sich nicht beirren, sie waren noch sauer wegen der erfolglosen Protestfahrt nach Bonn, wo sie von Wirtschaftsminister Bangemann eine kalte Abfuhr erhalten hatten.

Statt ins Werk zurückzukehren, strömten immer mehr Kollegen auf die Kreuzung; auch die Kolleginnen aus den Büros zogen mit. Die Polizei dirigierte den Verkehr weiträumig um, nur die Busse der Vestischen Straßenbahnen

durften die Blockade passieren. Alle Busfahrer versicherten die frierenden Kollegen ihrer Solidarität und gaben spontan Getränke zum Aufwärmen.

## Entlassungen trotz Großauftrags

Mittlerweile trafen auch Bürgermeister Jochen Welt und sein Stellvertreter August Bönnte ein, die auf einer Sitzung im Rathaus von den Kampfmaßnahmen erfahren hatten, und beteiligten sich an der Protestaktion. Welt und Bönnte waren auf die Becorit-Geschäftsleitung schlecht zu sprechen, weil sie in Gesprächen erfahren hatten, daß die Firma einen Auftrag im Wert von 28 Mio. DM von der Schachanlage Auguste Victoria in Aussicht habe, aber trotzdem 500 Leute entlassen wolle.

## Herr Ott kriegt kalte Füße...

Bei den Kollegen hatte sich jetzt der Wille durchgesetzt, erst die Kreuzung zu räumen, wenn ein Vertreter der Geschäftsleitung aus Castrop erscheine und ernsthaft über die Annullierung der Entlassungspläne verhandeln würde. Da muß es sich wohl auch bei Eduard Ott herumgesprochen haben, daß die Blockade durch seine sanften Sprüche nicht rückgängig zu machen war. Um aber das Schlimmste zu verhüten, ermahnte er seine Schäfchen: "Kollegen, hebt die Kippen auf! Wenn wir die Kreuzung wieder räumen, muß es so aussehen, als ob wir nie hier gewesen wären!" Wobei er wohl unfreiwillig seinen Herzenswunsch ausdrückte.

Doch die Blockade entwickelte im Laufe der Stunden eine Eigendynamik, die auch ein Eduard Ott nicht so ohne weiteres abbremsen konnte: Durch den Lautsprecherwagen wurde z.B. angekündigt, daß ein Team des Fernsehens unterwegs sei.

## WURZEL Naturkostladen

Täglich frisches Brot  
und Kuchen  
außerdem  
Gemüse, Milchprodukte  
und vieles mehr  
gibt's bei uns



D.Kerski - G.Riese  
König-Ludwig-Str. 24  
4350 RE-Süd  
Tel.: 32531

Anzeige

## ...doch die Polizei verhält sich ruhig.

Da versuchte ein grauer Opel zwischen Ampel und Blumengeschäft durchzubrechen. Entschlossen stürmten 30 Blockierer auf das Fahrzeug zu und hielten es mit ihren Körpern auf. Etwas handgreiflich wurde der Wagen auf die Werkstättenstraße zurückgedrängt. Zahlreiche Autos, die trotz der Umleitung bis zur Kreuzung kamen, mußten wieder kehrtmachen; die Blockierer ließen keinen durch. Ein dunkelgrüner BMW, der zum Umkehren Richtung Stadt gezwungen war, kam über den Radweg und die Zufahrt zum Hallenbad mit hoher Geschwindigkeit zurück. Kollegen, die sich ihm in den Weg stellten, konnten nur in letzter Sekunde zur Seite springen, sonst hätte es Schwerverletzte gegeben.

Die zahlreich anwesende Polizei unternahm nichts. Eduard Ott forderte jedoch immer wieder auf, sich bei den "Kollegen von der Polizei" zu bedanken. Ob er dabei auch die zwei K14-Beamten meinte, die um die Kollegen herumstrichen und versuchten, die Rädelführer der Blockadeaktion herauszufinden, sei dahingestellt.



## Schöne Töne

Jetzt waren auch Betriebsräte aus Castrop eingetroffen, die über den Stand der Verhandlungen berichteten. Ausdrücklich betonten sie, daß die Blockadeaktionen in Castrop und Recklinghausen Druck auf die Verhandlungen ausgeübt hätten und zumindest die Geschäftsleitung zu ernsthaften Verhandlungen gezwungen worden sei.

Der Lautsprecherwagen der IG Metall brachte kämpferische Musik, darunter auch die Internationale. Jochen Welt forderte zu einer großen Demonstration vor dem Rathaus auf. Noch im Dezember solle eine Großkundgebung mit allen DGB-Gewerkschaften stattfinden.

Der Betriebsratsvorsitzende von Hella, der zwischenzeitlich eingetroffen war, versicherte den Demonstranten seine Solidarität.

## Schwer Beschäftigt: Blumenthal-Betriebsrat

Eduard Ott hatte um kurz vor 10 Uhr den Blumenthal-Betriebsrat angerufen und ihn aufgefordert, vorbeizukommen und sich mit den Becorit-Kollegen zu solidarisieren. Immerhin ist das Blumenthaler Betriebsratsbüro nur etwa 300 m von der Kreuzung entfernt. Er erhielt zur Antwort, daß alle Blumenthal-Betriebsräte im Einsatz seien. Wie aber aus dem Kollegenkreis von Blumenthal verlautete, bestand dieser Einsatz darin, sich intensiv mit den Sommer-Urlaubsplänen und den Anmeldungen von Urlaubsreisen zu beschäftigen. So ließen die Blumenthal-Betriebsräte die Becorit-Kollegen (im wahrsten Sinne des Wortes) in der Kälte stehen. Ihr Platz am warmen Ofen ist ihnen ja sicher.

... aufgebrachte  
Stahlarbeiter  
von Becorit  
diskutieren  
über weitere  
Kampfmaßnahmen

### ■ IMPRESSUM ■

Der Holzwurm ist eine unabhängige Lokalzeitschrift. Alle Einkünfte werden ausschließlich für die Zeitschrift verwendet. Alle Redaktionsmitglieder arbeiten ehrenamtlich/unentgeltlich und sind über die unten angegebene Anschrift zu erreichen. Unabhängig von Anzeigenkunden, politischen Parteien und sonstigen Interessensgruppen versteht sich der HOLZWURM als Teil einer demokratischen Gegenöffentlichkeit. U.a. sollen Themen aufgegriffen werden, die in anderen lokalen Medien nicht oder nur unzureichend behandelt werden und es sollen Zusammenhänge dargestellt und diskutiert werden. Entscheidungen treffen beim HOLZWURM ausschließlich und gleichberechtigt die Mitarbeiter/innen. Der verantwortliche Redakteur wird ausschließlich angegeben, um dem Pressegesetz genüge zu tun.

Der HOLZWURM erscheint 11mal im Jahr jeweils zum Monatsanfang. +++ Druck und Herausgeber: "Ziegelbrenner" Verlagsgesellschaft m.b.H. +++ Einzelheft: 2,00 DM +++ 12-Hefte-Abonnement: 20 DM/ Förderabonnement 30 DM und mehr +++ Private Kleinanzeigen sind kostenlos/ Gewerbliche Anzeigen laut Anzeigenpreisliste 1/86 +++

ISSN 0176 - 8174

Redaktionsanschrift: Münsterstr. 2a, 4350 Recklinghausen (Innenstadt), Telefon 02361/15698.

Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Recklinghausen, Konto: 10 100 55 200 (BLZ 426 101 12)

Presserechtlich Verantwortlicher dieser Ausgabe:  
Ralf Kropla.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nächster Redaktionsschluß:  
19.1.86

Artikel, Beiträge, Leserbriefe, Hinweise, Zeichnungen u.v.m. werden von der Redaktion gerne angenommen. Mitarbeit kann auch jeder. Vom Schreiben der Artikel, über das Tippen (Satz), der Gestaltung (Layout) bis hin zum Druck und dem Vertrieb wird im HOLZWURM alles von den Mitarbeitern selbst erledigt.

# Löhrhofcenter

## Grothe will verkaufen

Händeringend sucht der "Baulöwe" Grothe nach Käufern für das ungeliebte "Löhrhofcenter". Obwohl in der Öffentlichkeit erst dementiert, hat der HOLZWURM aus Berlin erfahren, daß die Verhandlungen mit der Unternehmensgruppe "Schröder" bereits kurz vor dem Abschluß standen, als der Inhaber verstarb. Nach Insider-Informationen versucht Grothe schon seit längerem, sich von dem "Ladenhüter" zu trennen.

Voraussetzung für den Verkauf des Einkaufszentrums sind die von der Stadt abgesegneten Baupläne, die vor einigen Monaten der Recklinghäuser Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Grothe hat nur die Chance, einen Interessenten zu finden, wenn er auch gleichzeitig das Planungsrecht mitverkaufen kann.

Von besonderer Bedeutung ist dabei "Löhrhof 2" (Hermann-Bresser-Str./Löhrhofstraße). Dieses lukrative Gelände mitten in der Altstadt verschandelt derzeit als häßlicher Parkplatz das Stadtbild. Mit dem Persilschein der Stadt könnte der Käufer nach Gutdünken seine Pläne verwirklichen. Dagegen ist die Altbebauung "Löhrhof 1" kaum zu retten. Zwar wurde ein renommiertes Architekturbüro mit Umgestaltungsplänen beauftragt, kommerziell jedoch sieht die Zukunft mehr als düster aus.

Seit Eröffnung des Einkaufszentrums 1974 stand der städtebauliche und kommerzielle Mißerfolg des Betonbunkers fest. Horten hatte sich allerdings verpflichtet, langfristig einen Geschäftsbetrieb im Center zu unterhalten, und bewahrte somit das Projekt bislang vor dem Kollaps. Mit dem Auslaufen der Pachtverträge wird die Immobilie unverkäuflich.

Grothe versucht seit längerem, sowohl das Einkaufszentrum als auch Löhrhof 2 abzustoßen. Ohne erhebliche Verluste in Kauf zu nehmen, konnte er bisher aber keinen



... nicht hübsch, trotzdem haltbar: Das Löhrhofcenter

Interessenten finden. Mit dem Berliner Bauträger Schröder sah er zum ersten mal eine realistische Chance, sich ohne Verluste aus Recklinghausen verabschieden zu können. Nur hatte dieser eine Bedingung: Für das gesamte Gelände muß ein Bebauungsplan her, der von der Stadt abgesegnet worden ist.

Und diesen Segen hätte Grothe von der Stadt erhalten. Die politische Führung und die Spitze der Verwaltung hat in Recklinghausen seit Oberbürgermeister Auge und Oberstadtdirektor Legeland immer vor den großen Unter-

nehmen gekuscht. Alleine die Hoffnung, "es werde sich etwas bewegen", reichte dafür in der Regel aus.

Dabei werden viele Ratsmitglieder und natürlich die lokale Öffentlichkeit darüber im Unklaren gelassen, daß die Stadt über äußerst wirkungsvolle Druckmittel verfügt, um gegen Grothe vorzugehen. So ist dieser, wie alle anderen Geschäftsleute auch, verpflichtet, eine bestimmte Anzahl von Einstellplätzen, berechnet nach der Geschäftsfläche, nachzuweisen.

Nach bisher unbestätigten Informationen reichen dafür weder die Tiefgaragen noch der Parkplatz (Löhrhof 2) aus. Wo hat Grothe weitere Stellplätze als Baulasten eintragen lassen. Vielleicht hinter dem Rathaus? Für jeden fehlenden Stellplatz hatte er 15.500 DM zu zahlen. Mit einem Bauzwang für Grothe bis hin zur Enteignung reichen weitere Maßnahmen, die die Stadt einleiten könnte. Und das der Einsatz dieser Mittel gerechtfertigt ist, ist vor dem Hintergrund der Verschandelung der Innenstadt immer weniger zweifelhaft.

Hat schon mal jemand im Rathaus versucht, im Rahmen der Wirtschaftsförderung zu überlegen, wie hoch die Folgekosten sind, die die Stadt durch das Einkaufszentrum und den Parkplatz zu zahlen hat? Was ist Mitsubishi mit ein paar Arbeitsplätzen gegen die Attraktivität einer Altstadt?

Erich Behrendt

# Flughafen Loemühle

## Flugreisen mit dem Busfahrerschein?

Werden mit dem Busfahrchein der Vestischen demnächst Rundflüge vom Flughafen Loemühle aus möglich? Ist das der Grund der von Oberkreisdirektor PCBely betriebenen Fusion des Flughafens Loemühle mit der Vestischen Straßenbahn GmbH? , fragt sich der erstaunte Bürger, denn der Kreistag hat der Fusion zugestimmt. Marmulla begründet die Fusion allerdings anders, durch die gemeinsame Geschäftsführung sollen Kosten gespart werden.





Der wirkliche Hintergrund ist aber ein anderer. Bei immer mehr Bewohnern unseres Kreises stößt die großzügige Finanzierung des Flughafens Loemühle auf Unmut. Um dieses Luxus- und Prestigeobjekt des Kreises Recklinghausen zu fördern und die Verluste zu tragen, werden immer neue Begründungen von Marmulla gegeben. Der Flughafen soll die Ansiedlung von Industrien fördern, Arbeitsplätze schaffen. Wer gegen den Flughafen ist, will das Ruhrgebiet zur Grünen Wiese machen. Mit solchen dummdreisten Argumenten wird gegen die Gegner eines weiteren Ausbaus des Flughafens Stimmung gemacht. Der Ausbau kostet aber auch Geld, und PCBely und Co haben sich ausgerechnet, daß die Fusion mit der Vestischen Straßenbahn die Akzeptanz für höhere Ausgaben bei Kommunalpolitikern und der Bevölkerung heraufsetzt. Bei höheren Verlusten, die dann für den Öffentlichen Nahverkehr ausgewiesen werden, kann man immer noch den unvernünftigen Autofahrer verantwortlich machen, der Flughafen Loemühle geriete dann zumindest im Finanzbereich aus der Schußlinie.

Hat sich doch bereits jetzt wegen der erhöhten Lärmbelästigung, die durch einen weiteren Ausbau kommen wird, schon eine Bürgerinitiative von ca. 130 Betroffenen gebildet. Ärger steht den Kreispolitikern ins Haus.

Marmullas Argumente zerbröckeln immer mehr. Der größte Betrieb unseres Kreises, die Chemiewerke Hüls AG, benutzt den Flughafen kaum, sie läßt ihre Manager von PKW zum Flughafen Düsseldorf bringen und den Flughafen Loemühle links liegen. Es bleiben als Hauptnutzer die Gutbetuchten des Motorfliegerclubs. Besonders an den Wochenenden wird die Bevölkerung von Recklinghausen Nord von den surrenden Nähmaschinen genervt, wird die Luft verpestet, gibt es Wut und Ärger unter den Bergarbeitern im Bereich Lange Wanne und am Hinsberg, den Bewohnern von Speckhorn, Recklinghausen Nord und West. Der SPD-Umweltpolitiker Georg Bartz läßt sich dadurch aber nicht dazu hinreißen für seine Wähler tätig zu werden.

Trotz des zu erwartenden Ärgers hält die Betonriege

## Wie der Kreis zum Flughafen Loemühle kam

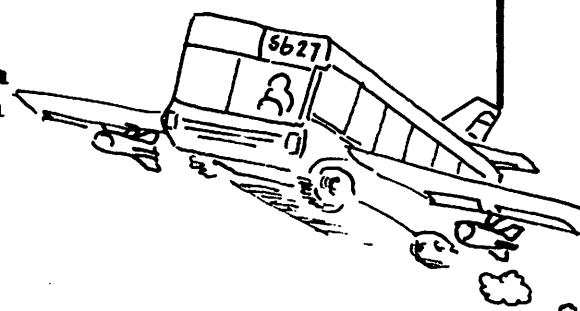
Der Verkehrslandeplatz Marl-Loemühle wurde ursprünglich als privater Landeplatz von dem Motorfliegerclub Vest e.V. geführt. Dem MFC gehörten verschiedene Gebäude und Anlagen.

Im Jahre 1968 gründete der Motorfliegerclub Vest e.V. zusammen mit den Städten Recklinghausen und Marl eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Noch im Jahre 1968 wurde in Verbindung mit einer Kapitalerhöhung der Kreis Recklinghausen als Gesellschafter aufgenommen.

Das Stammkapital betrug zunächst laut Vertrag vom 20.03.1968 DM 840.000. durch Beschluß vom 19.12.1968 erfolgte eine Erhöhung um 280.000 DM auf 1.120.000 DM. Eine weitere Kapitalerhöhung am 17.12.1979 führte zu einer Aufstockung auf 1.420.000 DM.

Auf der Grundlage eines GmbH Anteilsübertragungsvertrages vom 27.06.1980 übernahm der Kreis Recklinghausen den Geschäftsanteil von 280.000 DM des MFC Vest mit Wirkung vom 30.06.1980. Die kommunalen Gesellschafter, die Städte Recklinghausen und Marl, übertrugen mit Wirkung vom 01.01.1981 Geschäftsanteile in Höhe von je 370.000 DM unentgeltlich auf den Kreis Recklinghausen. Gleichzeitig traten die beiden Städte Darlehnsforderungen gegen die Verkehrslandeplatz Loemühle GmbH in Höhe von jeweils 672.000 DM an den Kreis Recklinghausen ab.

Die Gesellschaftsversammlung vom 25.08.1982 beschloß die Erhöhung des Stammkapitals von 1.420.000 DM um 750.000 DM auf 2.170.000 DM. Diese neu gebildete Stammeinlage wurde vom Kreis Recklinghausen übernommen und durch die Umwandlung von - ge-



genüber der Gesellschaft bestehenden - Darlehnsforderungen (insg. zum 31.12.81 = 2.016.000 DM) in Stammkapital erbracht.

Das Stammkapital wird seitdem wie folgt gehalten:

Kreis Recklinghausen	2.150.000 DM = 99,08 %
Stadt Recklinghausen	10.000 DM = 0,46 %
Stadt Marl	10.000 DM = 0,46 %

Der Kreis Recklinghausen hat in den letzten Jahren folgende Betriebskostenzuschüsse an die VLP (Verkehrslandeplatz GmbH) gezahlt:

1982:	400.000 DM
1983:	275.000 DM
1984:	180.000 DM
1985:	238.000 DM
1986:	200.000 DM
1987:	260.000 DM
(laut Haushaltsplan 1987)	
1988:	236.000 DM
(geplant)	

insgesamt: 1.789.000 DM.

Die Bilanz zum 31.12.1986 weist unter Einbeziehung von Verlustvorträgen aus Vorjahren einen Bilanzverlust von 1.917.449,16 DM aus.

In seiner Sitzung am 03.04.1987 hatte der Kreistag den Oberkreisdirektor beauftragt, "mit den Gesellschaftern und den Geschäftsführern der Verkehrslandeplatz Loemühle GmbH Gespräche mit dem Ziel zu führen, insbesondere kostenmindernde Organisationsformen zu finden, wobei der von der Verwaltung vorgelegte Vertragsentwurf (nämlich der ursprüngliche Verschmelzungsvertrag "zwischen der Vestischen Straßenbahngesellschaft und der VLP GmbH") eine der möglichen Grundlagen ist".

■ ■ ■



...mehr als 90% aller registrierten Flüge sind Spazierflüge von Gutbetuchten

der Kreispolitiker an einem weiteren Ausbau fest. Es wird darauf hingewiesen, das ja auch das Land NRW den Flughafen mit erheblichen Mitteln fördert und an dessen Wert glaubt.

Eher im Hintergrund bleibt, daß der Flughafen Loemühle

auch eine militärische Bedeutung hat. Wie aus gesicherten Quellen verlautet, ist er für eine Heeresfliegerstaffel der Bundeswehr als Ausweichflughafen vorgesehen. Zwei Möglichkeiten kommen in Betracht:

1. die Heeresfliegerstaffel aus Rheine, zu der der Kreis Recklinghausen eine Patenschaft unterhält. Dauernd finden zwischen Kreisverwaltung und Heeresfliegern Besuche statt.
2. Die Heeresfliegerstaffel der 7. Panzergrenadierdivision aus Unna, die zur Zeit in der Recklinghäuser Bundestagsabgeordnete Meyer und der Dattelner Major Niggemeyer freundschaftliche Kontakte unterhalten.

An den Flugtagen wird ja kräftig für die Bundesluftwaffe und die Nato geworben. Hubschrauber, Düsenjäger und Transporter werden dort durchgeführt, die neuesten Kriegswaffen propagiert.

Und unter der Woche kann man das Luftfahrtmuseum besuchen. Dort werden ein Nachbau von Hitlers Wundenwaffe, dem Messerschmidt

Düsenjäger, und die alte Tante Ju 52 gezeigt. An den Sonntagen erklären die ewig Gestrigen ihren Enkeln, wie sie über Kreta abgesprungen sind und wie sie noch in letzter Minute aus dem Stalingradkessel

ausgeflogen sind. Einige jetzt veraltete Natojäger werden auch gezeigt. Das Umfeld für einen Militärflughafen stimmt. Auch mit den Betreibern stimmt alles, der Flughafen wird gefhligt von Major Niggemeyer und seinen zwei Adjutanten PCBely und Marmulla.

Da stören nur die vaterlandslosen Grünen und einige Sozialdemokraten, wie Peter Pinow un Norbert Geidis, die sich auf dem letzten SPD-Stadtparteitag gegen den weiteren Ausbau des Flughafens aussprachen und dagegen stimmten.

Marmulla wird sich noch wundern; der Taschenspielertrick mit der Vestischen wird nicht funktionieren.

## Abenteuer Schwerkraft



ham mer schon fast millionen dazugestopft - das Ding fällt immer runter.

Deshalb ist ja auch der Kreistag, zumindest dessen führende Leute, so für den Ausbau von Loemühle, kann man doch der bundesdeutschen Wehrmacht dienlich sein. Schon jetzt ist neben dem Flughafen eine Einheit des paramilitärischen THW (Technisches Hilfswerk) stationiert. Nicht nur an den Flugtagen tauchen Militärmaschinen auf, wie die Anwohner bemerken.

# Alle Jahre wieder...

## Recklinghäuser Weihnachtsgeschäfte

Ein undefinierbarer Geruch liegt über dem Alten Markt: eine Mischung aus verbranntem Öl und gekochtem, billigem Rotwein, der, mit Wasser verlängert, nun als Glühwein verkauft wird. Schlangen an der fahrbaren Pommesbude vor dem Karstadtgebäude, auf der in großen Lettern prangt "Recklinghäuser Weihnachtsmarkt". Darüber wehen die Klänge von "Süßer die Kassen nie klingeln". Es weihnachtet in der Altstadt.

hausen legten nun mehrere Gewerkschaften Zahlenmaterial auf den Tisch, wie es um das legendäre Weihnachtsgeld wirklich bestellt ist.

### Phantasie unterliegt Bratwurst

Wieder einmal ist es gelungen, in Recklinghausen einen der langweiligsten Weihnachtsmärkte des ganzen Ruhrgebietes aufzubauen. Die Pommes- und Bratwürstchen-Lobby hat sich aufs neue durchgesetzt; ein vernünftiges Konzept für einen Weihnachtsmarkt wurde in Fritten-Öl ertränkt.

Daß es auch in Recklinghausen anders gehen kann, hat der mittelalterliche Kreativitäts- und Handwerkermarkt im Jubiläumsjahr 1986 gezeigt. Aber auf solch ein Konzept muß man in dieser unserer Stadt wahrscheinlich wieder 750 Jahre warten.

### "Sti-ille Nacht... - Maul halten!"

Der weihnachtliche Friede wurde auch durch gerichtliche Streikverbote für die Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Verkehr) erhalten. Keine Kampfmaßnahmen für das Ladenschlußgesetz sollen das Konsumfest stören, eine Feier, die gerade auf dem Rücken der Verkäuferinnen ausgetragen wird.

Weihnachten, das Fest der Freude, naht. Für viele Be-

rufstätige ist es nur deshalb ein Freudenfest, weil etwas mehr Geld in der Lohntüte zu finden ist als in den elf vorangegangenen Monaten. Bürgerliche Sozialwissenschaftler und Ökonomen sind sich einig, daß die Zahlung des 13. Monatsgehältes zu den bedeutendsten Errungenschaften des modernen Sozialstaats gehört. In Reckling-

### Geld duftet nicht nach Spekulatius

Die Pfarrer, ideologische Träger nicht nur des Weihnachtsfetisch, erhalten ein volles 13. Monatsgehalt. Weniger Anlaß zur Freude haben die Beschäftigten im Einzelhandel, für die tariflich 40 % eines Monatslohnes vereinbart wurden. Das heißt aber nicht,



daß alle Beschäftigten im Einzelhandel Weihnachtsgeld bekommen, denn in dieser Branche werden in kleinen Betrieben Tarifverträge oft gar nicht beachtet. Für die vielen Teilzeitkräfte wird ebenso oft kein Weihnachtsgeld ausgezahlt.

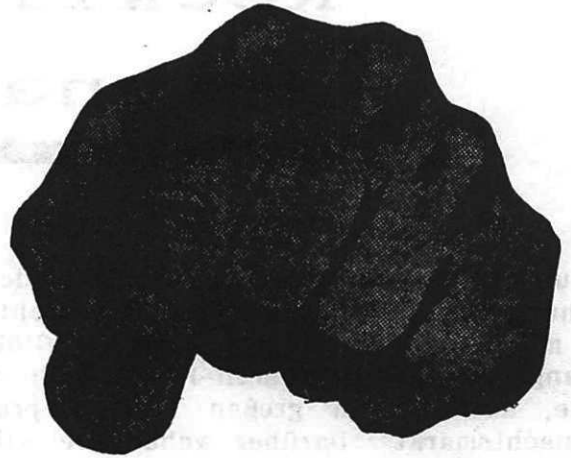
Die vielen Arbeitslosen gehen auch in dieser Hinsicht natürlich leer aus; und aus dem Einzelhandel kommen mehr Arbeitslose in Recklinghausen als aus allen anderen Branchen. Jubeln kann auch die Karstadt-Verkäuferin, die noch Arbeit hat, kaum. Sie hat Anrecht auf einen Grundbetrag, aber erst, wenn sie sich durch besondere Leistungen auch eine Prämie verdient hat, kann sie zu Weihnachten 1.000 DM mehr verdienen. Die Glückliche muß allerdings fünfzehn Jahre ohne Unterbrechung bei Karstadt gearbeitet haben, um diesen Betrag zu erhalten. Nur eine Minderheit schafft das, denn die Berufsbiographie der meisten Frauen verläuft immer noch nach dem Schema: Ein paar Jahre arbeiten, Kinder kriegen, Kinder erziehen und dann wieder arbeiten gehen. Bis fünfzehn ununterbrochene Berufsjahre beisammen sind, ist frau schon über vierzig oder Anfang bis Mitte fünfzig.

## Keine Zeit für Knete - Bete!

In der Metallbranche Recklinghausens reicht es aus, wenn die Kollegen drei Jahre dem Betrieb angehören; dann erhalten sie 50 % Weihnachtsgeld. Nach sechs Monaten gibt es 20 %, nach 12 Monaten 30 % und nach zwei Jahren 40%. Nur die IG Metall zahlt ihren Angestellten ohne Staffelung ein volles 13. Monatsgehalt. Diese Staffelung verdeutlicht einen Nebeneffekt, den die Unternehmer mit der Ausdehnung von Zeitarbeitsverträgen verfolgen. Zeitarbeitsverträge werden in zunehmendem Maße abgeschlossen und haben selten eine Laufzeit von drei Jahren. Auch unter den Metallarbeitern häufen sich die Fälle, daß Kollegen in immer kürzeren Abständen arbeitslos werden. Solche Kollegen müssen leider auf ein frohes Fest verzichten.

## Recklinghäuser

### Weihnachtsmarkt:



## Schummelspaß

mit dem

## Bummelpaß

Hei, wie durften die Behinderten da frohlocken, als der Schaustellerverband auf einer Pressekonferenz Mitte November "Bummelpässe" ankündigte. Diese sollten als Zeichen der Wohltätigkeit nicht nur dem Image des Verbandes sondern eventuell auch den sozial Benachteiligten zugute kommen. "Eventuell" deshalb, weil es gar nicht so leicht war so ein Ding zu ergattern.

### "Bummel" - Odysee

Frau S. zum Beispiel, der wir die Anregung zu diesem Artikel verdanken, bemühte sich gute drei Wochen darum. Allerdings nicht, weil sie darauf angewiesen war die Hälfte der zwanzig Gutscheine des 38 Mark "werten" Bummelpasses für die dadurch vorgeschriebenen lustigen Karussellfahrten einzulösen. Es hatte sie, anlässlich des 750jährigen Stadtjubiläums, nur sehr gewurmt, daß Wagen der Schaustellervereinigung sämtliche Behindertenpark-

plätze der Schaumburgstraße verstellten. Quasi als gerechten Ausgleich wollte sie jetzt einen Bummelpaß.

Frau S. wandte sich an den Verein Körperbehinderter und ihrer Freunde, dann an das Sozialamt, den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, die Arbeiterwohlfahrt und die Caritas. Überall erhielt sie die gleiche abschlägige Antwort, "nie von gehört". Ihr Mann rief schließlich die "Recklinghäuser Zeitung" an, um den Autor eines "Bummelpaß"-Artikels klipp und klar zu fragen, ob denn das ganze ein Scherz gewesen sei. Nein, antwortete Herr Barschdorf, den Bummelpaß gäbe es

tatsächlich und der Vorsitzende des Schaustellerverbandes, Heinz Deh, hätte ihn auf der Pressekonferenz auch herumgezeigt.

Der nächste Anruf der Familie S. galt folgerichtig diesem Herrn. Heinz Deh war jedoch zunächst nicht zu erreichen und zweimal passierte es gar, daß sein Telefonhörer zwar abgehoben, dann jedoch, wie aus bescheidener Scheu vor übergroßen Dankesbekundungen, wieder auf die Gabel gelegt wurde.

Da also telefonisch nichts zu erreichen war und auch



"Recklinghäuser Zeitung" sei mir Quelle und Zeuge, "anstelle der Einladung an Gruppen ... "Bummelpässe" ausgeben" werden sollten. Dank dieser Gutscheine sollte es den sozial Benachteiligten eigentlich ermöglicht werden, den Weihnachtsmarkt "individuell" zu besuchen. Der ganzen Aktion sollte etwas von dem Charakter des Bevormundens und der Isolation, den ja gerade so ein Gruppenbesuch hat, genommen werden.

Am 12. Dezember überreichte Herr Deh Frau S. einen Bummelpaß. Die Gutscheine für die Karussellfahrten verschenkte sie an Kinder aus ihrem Bekanntenkreis und machte so aus diesem Teil der Verhöhnung noch etwas Nettos. Die restlichen Gutscheine konnte sie dann mal an diesem Stand für eine Bratwurst, mal an jenem für einen Glühwein einlösen. Die Boni galten weder für alle Verkaufsstände, noch konnten sie, z.B. für eine zusammenhängende Mahlzeit, an einer Bude eingetauscht werden. Allzu "individuell" konnte der Besuch also gar nicht werden.

### Verhöhnepipelung

Bekannte von Frau und Herrn S. nichts näheres über den Bummelpaß erfahren hatten, zog Anita S. zum Recklinghäuser Weihnachtsmarkt, genauer zur Freßbude des Herrn Deh, neben dem Karstadt-Gebäude. Dort traf sie zwar nicht auf den großen Vorsitzenden, wohl aber auf die Meinung, daß "die Scheine ... alle schon vergeben" seien, vorwiegend an Heime.

### Guter Vorsatz - Glühweinschal und Wurstbudenrauch

Anita S. dachte an das Walter-Flex-Haus. Sie rief dort an und stellte fest, daß sich gerade an diesem Nachmittag eine Gruppe Behinderter auf Einladung Herrn Dehs vollenden konnte, obwohl, die

Vergleicht mensch die Mühe, die es Frau S. gekostet hat einen Bummelpaß zu erhalten, mit den recht mageren "Vergnügen" die dieser tatsächlich bot, kommt dabei das Fazit heraus, daß sich der Aufwand nicht gelohnt hat. Jedenfalls nicht für die sozial schlechter Gestellten. Auf der eingangs erwähnten Pressekonferenz bezifferte Heinz Deh die Kosten der "Bummelpaß"-Aktion mit 12.000 DM. Ob das dieser "Imagepflege-Spaß" auf Rechnung Behinderter, Alter und Sozialschwacher auch wirklich wert war, sollte vom Schaustellerverband belegt werden. Frau S. Erfahrungen lassen daran zweifeln.

Anita und Uwe



## Holz-wurm

# Abo... Wie geht das?

Ganz einfach...  
diesem Heft  
liegt eine Abo-  
karte bei

Anzeige

Im Frauenrat um Recklinghausen am Lohrer 1, Tel. 15453 ist herzlich!

## Frauencafé

... wir wollen uns verwöhnen  
mit Kaffee, Kuchen, Blüten...

Sonntags  
ab 15:00 Uhr

mitgestalten, mitmachen,  
mitreden, mit hören,  
kennenzulernen, Informationen

alle Frauen sind  
eingeladen

Offener Brief  
DKP soll  
bezahlen

# Feuerwehreinsatz

In unserer November-Ausgabe erwähnten wir eine Plakataktion am Bunker Hohenzollernstraße. Einen Teil der Informationen über die Aktion "Arbeit statt Bunkerplätze = Kohle statt Atom" entnahmen wir einem Schreiben der Recklinghäuser DKP. An der Aktion am 19. September beteiligten sich die SDAJ und eine Friedensinitiative. Nach Ansicht der Stadt soll die DKP einen Feuerwehreinsatz bezahlen, bei dem die Transparente/Plakate entfernt wurden. Dazu teilte der DKP-Kreisvorstand dem Amt für Zivilschutz und Feuerwehr in einem Brief vom 8.12.1987 folgendes mit:



Hiermit teilen wir Ihnen mit, daß wir die Begleichung der Rechnung vom 16.11.1987 aus folgenden Gründen ablehnen:

1. Der DKP-Kreisvorstand war weder Träger noch Verantwortlicher der Aktion an dem im Bundeseigentum stehenden Bunker an der Hohenzollernstraße.


2. Vielmehr haben Mitglieder verschiedenster Organisationen und Friedensgruppen aus Recklinghausen Transparente an dem Hochbunker angebracht. Aus der Rechnung geht jedoch hervor, daß Sie lediglich den DKP-Kreisvorstand für die Aktivitäten verschiedener Organisationen verantwortlich machen.

3. Die Polizei hat diese Aktion der Mitglieder der Friedensbewegung während des gesamten Verlaufs beobachtet und erst eingegriffen, als zum Ende der Aktion auch noch Plakate mit Kleister an die Mauer des Hochbunkers aufgeklebt werden sollten. Die Polizeibeamten waren offensichtlich der Auffassung, daß das Anbringen der Transparente weder eine Ordnungswidrigkeit noch eine genehmigungspflichtige Sondernutzung noch eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellte.

4. Um Rückfragen zu ermöglichen, teilte der Unterzeichner den anwesenden Polizeibeamten seine Personalien mit. Eine Aufforderung zur Entfernung der Transparente erging von Seiten der Polizeibeamten nicht.

5. Wenn die Stadt Recklinghausen anderer Auffassung war, hätten wir bzw. der Unterzeichner von der zuständigen Stelle zunächst ersucht werden können, die Transparente vom Hochbunker zu entfernen. Dies wäre in Absprache mit der zuständigen Stelle erfolgt, da sowieso beabsichtigt gewesen war, die Transparente nur befristet hängen zu lassen.

6. Unseres Erachtens haben Sie die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht gewahrt. Der Einsatz einer Drehleiter der Feuerwehr war zur Entfernung der Transparente nicht erforderlich. Wie Ihnen als Verantwortlicher für die Wartung der Bundkeranlagen bekannt sein dürfte, ist auf der Rückseite des Hochbunkers an der Hohenzollernstraße eine Steigleiter verankert, so daß man ohne Mühe auf das Dach des Hochbunkers gelangen kann. Im übrigen waren die Transparente sicher befestigt und hätten



**GITARREN  
LADEN**

UDO RÖSNER  
DORSTENER STR. 19  
4350 RECKLINGHAUSEN  
TEL. 02361/22249

GITARREN

BÄSSE

AMPS

ZUBEHÖR

NOTEN

REPARATUREN

ALLER ART

... und vieles mehr.

ohne großen Aufwand wieder entfernt werden können.

7. Der Kreisvorstand der DKP hält den von Ihnen eingeleiteten Verwaltungsakt für völlig unnötig. Hierdurch sind Kosten entstanden, die hätten vermieden werden können. Daher betrachten wir die Rechnung ihres Amtes in Höhe von 226,00 DM als einen Akt, der dazu beitragen soll, freie Meinungsäußerung der Friedensbewegung in Hinsicht auf den "Zivilschutz" zu behindern. Wir gehen davon aus, daß alle Transparente wegen ihres Inhaltes und nicht wegen möglicher Gefahren entfernt worden sind.

8. Der DKP-Kreisvorstand hält es für keinen Zufall, daß ausgerechnet er mit der Rechnung konfrontiert wird. Denn immerhin war es gerade die DKP, die die Bevölkerung über örtliche Kriegsvorbereitungsmaßnahmen informiert und öffentlich durch verschiedenste Aktivitäten dagegen protestiert hat. So hat die DKP z.B.

- lange Zeit gegen die Instandsetzung des Hochbunkers am Kuniberg angekämpft und wurde in diesem Zusammenhang von Beamten des K

14 verfolgt,

- eine Broschüre in Verantwortung des Unterzeichners zum Stand der "Zivilschutz"- Maßnahmen im Kreis und in der Stadt Recklinghausen herausgegeben,

- zuletzt gegen den "Notvorstandsstand" des Bundesverbandes für den Selbstschutz in der Lebensmittelabteilung des Kaufhauses Becker mit einer sog. "Die-in" Aktion protestiert.

Nicht zuletzt war ein Leserbrief des Unterzeichners zur Instandsetzung des Bunkers an der Hohenzollernstraße für Sie Anlaß, auf gleiche Weise darauf öffentlich zu reagieren.

Angesichts dessen erscheint es uns augenfällig, daß seit der Aktion am Hochbunker auf der Hohenzollernstraße am Samstag, den 19.09.1987, zwei Monate bis zur Ausstellung der Rechnung vergangen sind.

Wir bitten Sie daher, den gesamten Vorgang nochmals gründlich zu überprüfen.

Hochachtungsvoll

Detlev Beyer



## ÖKO-TEST

M A G A Z I N

### Der Öko-Volksentscheid

Immer mehr Menschen haben es satt, als Endlager für Umweltgifte herzuhalten. Sie lesen das ÖKO-TEST-Magazin. Dort steht beispielsweise, welche Gemüsesäfte nitratarm sind, wieviel Becquerels die Milch hat oder welche Sprays umweltfreundliches Treibgas enthalten. ÖKO-TEST-Leser greifen zu den gesunden Produkten und lassen die bedenklichen im Regal. Bei dieser Art Volksabstimmung ist schon mancher Hersteller weich geworden. Wollen Sie ökologisch mitentscheiden? Das ÖKO-TEST-Magazin informiert Sie gern. Fordern Sie ein kostenloses Probeheft an beim ÖKO-TEST-Verlag, Schwanthalerstraße 59, 6000 Frankfurt 70.

# 10

## JAHRE

# Deutscher Herbst

Das Jahr 1975 bringt eine weitere Eskalation im Konflikt zwischen Stadtguerilla und Staat. Am 21. Mai beginnt in Stuttgart der größte politische Prozeß der Nachkriegsgeschichte.

»Die Welt blickt nach Stammheim«, so eröffnet die "Süddeutsche Zeitung" ihre Berichterstattung über den Prozeß gegen die RAF-Mitglieder Ulrike Meinhof, Jan Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader.

»Stuttgart Stammheim hat 1972 aufgehört, nur geographischer Ort zu sein. Der Begriff Stammheim steht seitdem für Hochsicherheitstrakt, Gerichtsfestung, Isolation und Kontaktsperre, ... für einen Abschnitt deutscher Nachkriegsgeschichte, der diese Gesellschaft aufgewühlt und nachhaltig verändert hat und dessen Ergebnisse die politischen Auseinandersetzungen in unserem Land bis auf den heutigen Tag prägen.« (Pieter Bakker-Schut: Stammheim; 1986)

1975-1977

Der Schauprozeß in  
Stammheim



## Das Modell Deutschland

Die Mitte der 70er Jahre war durch eine tiefgreifende Wirtschaftskrise gekennzeichnet. Damit einher ging der endgültige Abschied von dem Motto "Mehr Demokratie wagen", mit dem Willi Brandt 1969 als Kanzler der sozial-liberalen Koalition angetreten war. Die demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Hochschule war gescheitert bzw. gar nicht ernsthaft in Angriff genommen worden.

Statt innerer Reformen gab's Radikalenerlaß und Berufsverbote, Atomprogramm, Kürzungen im Sozialhaushalt und Subventionen für Unternehmer. "Der Macher" Helmut Schmidt bastelte an seinem "Modell Deutschland". Nach seiner Philosophie waren Reformen nicht durch Umverteilung, sondern nur durch Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Die Wirtschaftskrise hatte die Grenzen des Wachstums deutlich gemacht. »Das Kalkül des Immer-Mehr, Immer-Größer, Immer-Schneller, die Utopie des allmächtigen technischen Apparates als guter Freund und Diener des Menschen, Garant für Fortschritt und Wohlstand, ging nicht mehr auf. Energiekrise, Rohstoffkrise, Ernährungs- und Katastrophenfurcht und düstere Zukunftsmodelle kennzeichneten die politische Debatte« (G. Dietz/Red.: Klamm, Heimlich Freunde; 1987).

Die traditionellen politischen Kräfte hatten das Vertrauen großer Teile der Bevölkerung verloren und zudem auch gar keine Lösungsmodelle anzubieten. Das war die Geburtsstunde der "neuen sozialen Bewegungen". »War das dringlichste Problem der Studenten in den 60er Jahren Vietnam, so wird es in den 70er Jahren die Ökologie sein«, hatte die "New York Times" schon 1969 gemutmaßt. Sie sollte Recht behalten.

»Eine Zuspitzung und zugleich eine neue Qualität fand die ökologische Diskussion in der Kritik der Atomenergie. Stellvertretend für die Ablehnung von unmenschlicher Großtechnologie, blinder Wachstumsideologie und be rauschtem Machbarkeitswahn formierte sich der Widerstand



Anti-AKW Demonstration in Hamburg

gegen die Atomkraftwerke. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich die Anti-AKW-Bewegung zur relevantesten Protestbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik« (G. Dietz).

Vor diesem politischen Hintergrund eskalierte der Konflikt zwischen Staat und Stadtguerilla in der zweiten Hälfte der 70er Jahre.

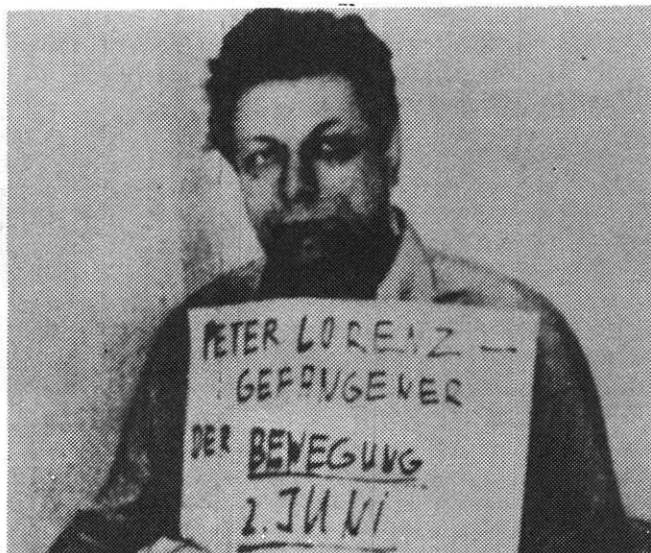
dat der CDU, Peter Lorenz, von der "Bewegung 2. Juni" entführt. Die Entführer fordern die Freilassung von sechs politischen Gefangenen für die Entlassung von Lorenz aus dem "Volksgefängnis".

Der Staat gibt in diesem Fall nach: Rolf Pohle, Verena Becker, Rolf Heißler, Ingrid Siepmann und Gabi Kröcher-Tiedemann werden freigelassen und in die Volksrepublik Jemen ausgeflogen. Am Tag danach wird Lorenz freigelassen.

## Die Lorenz-Entführung

Zwei Tage vor den Wahlen zum Berliner Senat wird am 22. Februar 1975 der Kandi-

Ralf Reinders, der sich in einer Prozeßerklärung zu der Aktion äußerte, führt den Erfolg der Entführung auf die spezifische Situation damals zurück. Die regierende SPD konnte es sich nicht leisten,



ihren Konkurrenten und Vorsitzenden der oppositionellen CDU zu opfern. »Die Bevölkerung hätte sich dann nämlich gefragt, ob da nicht ein lästiger Konkurrent geopfert wird, und zwar nicht um die Autorität eines Staates zu retten, sondern um auf langfristige die eigene Partei zu stärken.« Zu den Folgen der Entführung äußerte sich Reinders folgendermaßen: »Sie hat ... gezeigt, daß das System zwar die Macht hat, diese Macht aber nicht unantastbar ist ... der Staat ist davon nicht demoralisiert oder gar schwer angeschlagen worden, ... aber sein Gewaltmonopol wurde durchbrochen. Es mußte einfach durchbrochen werden, um allen Leuten - die in diesem Land von Berufsverboten, von dem fast perfekten Überwachungsapparat, von Arbeitslosigkeit, vom Knast, von Horrorstadtteilen, von einer zerstörten Umwelt betroffen sind, Hoffnung und Mut zu machen« (Schwarzer Faden 3(87).

### Botschaftsbesetzung in Stockholm

Am 24. April 1975 besetzte das "Kommando Holger Meins" der RAF die Deutsche Botschaft in Stockholm und nimmt zwölf Botschaftsangehörige als Geiseln. Die RAF fordert die Freilassung von 26 politischen Gefangenen. In

diesem Fall scheint der politische Preis für ein hartes Durchgreifen in den Augen der verantwortlichen Politiker geringer zu sein.

»Die Polizei stürmt das Gebäude. Ein Angehöriger des Kommandos, Ulrich Wesel, und zwei Botschaftsangehörige kommen zu Tode. Ein Angehöriger des Kommandos, Siegfried Hausner, wird durch Gewehrkolbenschläge der Polizeibeamten schwer verletzt; er erleidet mehrere Schädelbrüche. Obwohl schwedische Ärzte ihn für transportunfähig erklären, verfügt die Bundesregierung seinen Transport in die BRD. Dort wird er nicht in ein Krankenhaus, sondern in die Intensivstation des Stammheimer Gefängnisses verlegt; er stirbt am 4. Mai an den Folgen der Mißhandlungen« (Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte; Köln 1987).

In zwei Regierungserklärungen (am 13.3. und am 25.4.) skizziert Bundeskanzler Helmut Schmidt das zukünftige Vorgehen gegen die "Terroristen": »Wer den Rechtsstaat zuverlässig schützen will, muß innerlich auch bereit sein, bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist...«

Auch die sogenannten Sympathisanten bekamen ihr Fett ab: »Dies muß auch denjenigen gesagt werden, die immer noch glauben, daß die Terroristen eigentlich einen politischen Anspruch erheben könnten, daß sie nur eigentlich die falschen Mittel wählten. Es muß Schluß sein mit solcher Art von versteckter

Sympathie - wer da liebäugelt, macht sich mitschuldig...«

### Der Stammheim-Prozeß

In dem für 12 Millionen DM zu einer Festung ausgebauten Gefängnis von Stuttgart-Stammheim beginnt am 21. Mai 1975 der Prozeß gegen vier Gründungsmitglieder der RAF: Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe. Zum Prozeßbeginn, der auch im Ausland auf großes Interesse stößt, schreibt die niederländische Tageszeitung "De Telegraaf" am 22. Mai: »Mit einem Gerichtsgebäude hat der Ort, an dem Baader, Meinhof u.a. für ihre zahlreichen Morde, Bombenanschläge und Banküberfälle zur Verantwortung gerufen werden, nichts mehr gemein.«

Schon die Rahmenbedingungen des Prozesses rufen selbst bei der bürgerlichen Presse Skepsis hervor. »Ist also die eigens konstruierte Trutzburg auf dem ehemaligen schwäbischen Rübenacker nur mehr ein Reflex auf ein außerordentliches Sicherheitsrisiko oder nicht schon Beton gewordenes Vorurteil? Kann eine Justiz, die sich für die Dauer der Verhandlung quasi selber mit einsperren muß, anders befinden als gegen die Angeklagten, die das alles



Der Bunker von Stammheim



DIE ANGEKLAGTEN

bewirkt haben?» (Der Spiegel, 19.5.75)

»Für den englischen "The Economist" vom 17.5.75 ist die Antwort auf diese Frage nicht mehr offen. "Unter den gegebenen Umständen ist es schwer zu begreifen, wie die Modalitäten des Verfahrens in der Stammheimer Festung so beurteilt werden können, daß sie einen Prozeß im anerkannten Sinne des Wortes begründen."\* (Bakker-Schut)

Ein solches Verfahren hatten die Verantwortlichen aber auch gar nicht im Sinn. Der Prozeß sollte vielmehr dazu dienen »diese Gruppe völlig zu entsolidarisieren, sie von all dem zu isolieren, was es sonst an radikalen Meinungen in diesem Land auch geben mag« (Kanzleramtsminister Ehmke am 7.6.72 im Bundestag).

Dazu war es nötig, die politische Dimension des Prozesses vollkommen zu leugnen und zu negieren. Die Marschrichtung war von Helmut Schmidt ja schon angedeutet worden. Wer es wagte, die politischen Motive der Angeklagten nicht von vornherein auszuschließen, wurde als mitschuldiger Sympathisant abgestempelt.

»Weil die RAF als kleine, aber militante Guerillaorganisation u.a. aufgrund von Meinungsumfragen als ernstzunehmende potentielle Bedrohung der bestehenden

Machtverhältnisse gesehen wurde, mußte eines der dringlichsten Ziele der rechtlichen Aburteilung von Gefangenen aus der RAF die Handhabung bzw. Stabilisierung genau dieser Machtverhältnisse sein. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die Gefangenen und vor allem ihre vermeintlichen Anführer stellvertretend für die nicht inhaftierten illegalen Mitglieder der RAF - womit den Gefangenen gleichsam die Funktion von Geiseln zukam - behandelt und abgeurteilt: An ihnen (und, falls notwendig, auch an ihren Verteidigern) sollte und mußte der Prozeß der Entsolidarisierung, Isolierung und Entpolitisierung exemplarisch vollzogen werden. ... ebenso wichtig war, in diesem Zusammenhang die Mobilisierung der öffentlichen Meinung als weiterer politischer Waffe gegen die RAF, ... um "die Bevölkerung enger an die Sache der Kriegsführung zu binden und auf sie zu verpflichten", impliziert fast automatisch die Notwendigkeit, die Beschuldigten in den Augen der Öffentlichkeit als zweifellos Schuldige erscheinen zu lassen, und zwar noch vor Eröffnung der eigentlichen Gerichtsverhandlung« (Bakker-Schut).

Diesem Ansinnen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der rechtsstaatlichen Fassade, standen die Wahlverteidiger

der Gefangenen von Anfang an im Wege. Diese versuchten trotz massiver Behinderungen, Kriminalisierungen und öffentlicher Diffamierungskampagnen, die sie als Komplizen der Stadtguerilla denunzierten, den politischen Aspekt des Prozesses in den Vordergrund zu rücken.

Die "Lex RAF" feiert Premiere

Wie massiv von Staatsseite in das Recht auf Verteidigung eingegriffen wurde, zeigt schon die Tatsache, daß bereits vor Beginn der Hauptverhandlung die drei Wahlverteidiger von Andreas Baader (Christian Ströbele, Kurt Groenewold und Klaus Corissant) vom Verfahren ausgeschlossen wurden, da sie nach Ansicht des Gerichts die RAF als kriminelle Vereinigung unterstützt hatten. Somit standen Baader zu Beginn des Prozesses nur noch staatliche Zwangsverteidiger zur Verfügung, mit denen die RAF-Gefangenen jedoch wegen fehlender Vertrauensbasis nicht zusammenarbeiteten.

Fortsetzung

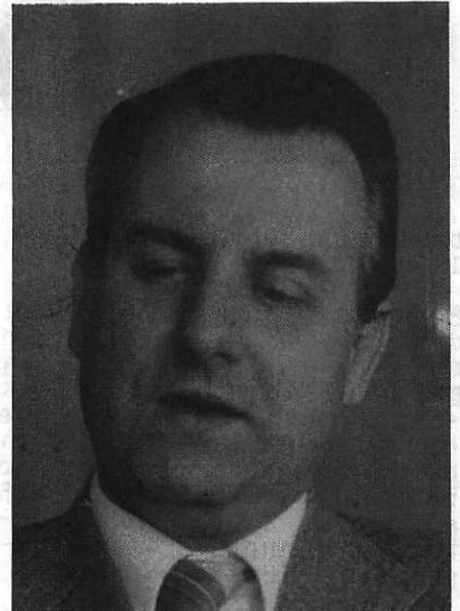


# Stadtfinanzen:

## Borggraefes

## Streichorchester

Zum Jahresende legte die Sparkommission ihren Bericht dem Stadtrat Recklinghausens zur Verabschiedung vor. Rund 1,35 Mio. DM sollen die vom Rat gebilligten Sparmaßnahmen der Stadt einbringen. 70.000 DM will die Stadt durch die Einstellung der Schulberatung sparen; später soll der Kreis die Schulberatung übernehmen. Lehnt dieser die Übernahme ab, will die Stadt die regionale Schulberatung völlig einstellen.



Peter Borggraefe

**Es darf  
gespart  
werden... -  
denkt zuerst  
an eure  
Kinder!**

reskarte 8 DM, als Tageskarte 1 DM kosten und zur Einsparung von 4.000 DM führen, vorausgesetzt, die Zahl der Leser nimmt nicht ab. Allerdings will die Stadt zur schärferen Überprüfung von Falschparkern zusätzliche Kräfte einstellen und so Mehreinnahmen erzielen. So sehen die wichtigsten Sparmaßnahmen aus.

### Die Stadt hinkt mit Beispiel voran

Bezeichnend für den Bericht der Sparkommission ist einmal, daß sämtliche Maßnahmen zur Reduzierung von städtischem Personal führen. Bezeichnenderweise verliert die Sparkommission kein Wort darüber, ob Entlassungen vorgenommen werden oder nicht. Die Neueinstellungen von Politessen zur verschärften Überwachung von Falschparkern gleichen das Minus bei den städtischen Arbeitsplätzen nicht aus. Andererseits werden sich für die Beschäftigten im Einwohnermeldeamt die Arbeitsbedingungen verschlechtern, denn sie sollen

zusätzlich die Aufgaben des Paßamtes übernehmen. Mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen müssen auch die Hausmeister der Schulen rechnen, die ab 1988 teilweise zwei Schulen betreuen müssen.

Dem Begegnungszentrum Bochumer Straße, dem Verein für Jugendhilfe, dem Heuwiesenspielfeld und anderen Jugendeinrichtungen werden ab 1988 die Zuschüsse gestrichen; die pädagogische Betreuung des Aktivspielplatzes Charlottenburger Straße wird ebenfalls eingestellt. Die Jugendberufshilfe soll durch Streichung einer Stelle eingeschränkt werden, durch Einschränkung des Leistungsangebotes in den Hallenbädern werden 6 Stellen für Schwimmmeister, Raumpflegerinnen und eine Kassiererin abgebaut. "An Personalkosten können 225.599 DM eingespart werden", heißt es lapidar im Bericht der Sparkommission.

Schließlich sollen Pflanzkübel, Hochbeete, die Dauerbepflanzung und Sonderbegrünungsmaßnahmen reduziert werden. In der Stadtbücherei sollen Kundenkarten eingeführt werden, die als Jah-

**Soziales  
Prämiensparen?  
- aussch!!**

Kennzeichnend für die Vorschläge der Sparkommission ist zweitens, daß besonders im Sozialbereich gespart werden soll. Auffallend ist

weiter, daß sie einseitig die einzusparenden Kosten auflistet, aber in keinem Fall den eingesparten Kosten die Folgen der Sparbeschlüsse gegenüberstellt. Mittel- und langfristig werden sich die Einsparungen als Bumerang erweisen. So gibt es beispielsweise nur einen Grund, die Schulberatung einzustellen: Die zerrütteten Gemeindefinanzen. 1988 werden dann zwar 70.000 DM eingespart, aber die Folgen werden später sichtbar. Unter sozialen Aspekten betrachtet ist die Aufrechterhaltung solcher Beratungsstellen jedoch unbedingt erforderlich. Das gleiche gilt für die Jugendberufshilfe. Gespart wird auch hier nicht; die Probleme werden lediglich von der Stadt auf andere abgewälzt. Werden die zusätzlichen Lasten nicht von anderen Trägern übernommen, wird eine absolute Verschlechterung der Lage der Berufsanfänger und arbeitslosen Jugendlichen die Folge sein.

### Sag mir wo die Blumen sind...

Symptomatisch ist ebenfalls die Reduzierung der Begrünung in der Stadt. Im Emscher-Lippe-Handlungskonzept wird noch davon gesprochen, daß in Recklinghausen die innerstädtische Attraktivität durch Wohnumfeldverbesserung und Begrünung gefördert werden soll. Die Vorschläge der Sparkommission zeigen, was von diesem "Zukunftsprogramm" für die Region zu erwarten ist, nämlich nichts außer schönen Worten.

Das Emscher-Lippe-Handlungskonzept sieht weiterhin eine intensivere Förderung der kulturellen Attraktivität der Stadt Recklinghausen vor. Die Einführung von Kundenkarten (klingt stark nach "Metro"-Großhandels-Kultur, Anm. d. Setzlings) für die Leser der Büchereien dient jedoch nicht einem verbesserten Kulturangebot. Im Vergleich mit anderen Büchereien im Kreis, wie z.B. Herden, schneidet der Bestand der Recklinghäuser Stadtbücherei schlecht genug ab.



Jetzt fehlt eigentlich nur noch der

# HOLZWURM

Wie der zu bekommen ist? Ganz einfach du kannst entweder:

- \* ein Probeheft beim Ziegelbrenner-Verlag, Münsterstr. 2a, 4350 Recklinghausen anfordern oder
- \* gleich ein Heft für 2.-DM käuflich erwerben, z.B. im Buchladen Attatroll, in den Naturkostläden Sonnenblume und Wurzel, oder in den Kneipen '8-8', Drübelken und Grauzone oder
- \* du abonnierst den HOLZWURM für 12 Ausgaben, das kostet 25.-DM. Einfach die Abo-Karte, die dem Heft beiliegt, ausfüllen und abschicken

## Türkei:

# Sofortige Freilassung für Sargin und Kutlu

Am 29.11.87 haben in der Türkei zum zweiten Mal seit dem Militärputsch von 1980 Parlamentswahlen stattgefunden. Der wiedergewählte Özal und die Militärs wollen damit beweisen, daß der "Weg zur Demokratie" eingeschlagen wird. Aber: Nach wie vor werden in der Türkei, die Mitglied der EG werden will, elementare Menschenrechte verletzt. Jüngstes Beispiel ist die Festnahme von zwei kommunistischen Funktionären bei der Einreise in die Türkei. Nachfolgend veröffentlichen wir eine gemeinsame Erklärung von der Initiative zur Freilassung von Kutlu und Sargin und zur Demokratisierung der Türkei, Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Türkischer Arbeiterverein, Ratsfraktion DIE GRÜNEN.

Die Generalsekretäre der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) Haydar Kutlu und der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) Nihat Sargin sind am 16. November 1987 in die Türkei zurückgekehrt, um gemeinsam die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei zu gründen und die Legalität der Partei zu sichern.

Sie sind der Überzeugung, daß für die Demokratisierung des Landes die Legalität der kommunistischen Bewegung eine unverzichtbare Bedingung darstelle.

Sie wurden bei ihrer Rückkehr in die Türkei von Abgeordneten des Europaparlaments sowie von Mitgliedern einzelner Länderparlamente, Juristen, Wissenschaftler und Journalisten begleitet.

Trotz des Protestes der internationalen Delegation wurden beide Generalsekretäre direkt bei ihrer Ankunft auf dem Flughafen von einer Sonderpolizeieinheit verhaftet und ins Polizeipräsidium gebracht. Den Rechtsanwältinnen der beiden, die im Flughafen warteten, wurde jeglicher Kontakt zu ihren Mandanten bis jetzt verweigert.

Herr Kutlu und Herr Sargin wurden im Präsidium von ei-



nem Gerichtsmediziner untersucht. Es wurde bei Herrn Kutlu eine Herzbeschwerde und bei Herrn Sargin Hypertonie (Bluthochdruck) festgestellt. Beide Politiker sind durch die andauernden Verhöre durch die Sonderabteilung der Polizei erheblichen Belastungen ausgesetzt.

Inzwischen haben sich europaweit Initiativen zur Freilassung von Herrn Sargin und Herrn Kutlu gebildet. Ungeachtet aller Meinungs-differenzen besteht bei allen, die die Entwicklung zur Verwirklichung demokratischer Verhältnisse in der Türkei verfolgen, eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenspreises am 14.10.87 in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der VN, die Europäischen Menschenrechtskonventionen sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei Mitglied der NATO und assoziiertes Mitglied der EG. Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen festgeschrieben sind, von der Regierung, besonders nach dem Militärputsch vom 12.09.1980, nicht eingehalten.

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die

## Kulturtheater:

Bald dasAus für dieRuhrfestspiele?

Legalität der Arbeiter- und Kommunistischen Parteien auf legislativer- und exekutiver Ebene verhindert wird. Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben der Generalsekretäre Kutlu und Sargin in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß dieses Landes.

Trotz zahlreicher Proteste aus ganz Europa u.a. aus der BRD von GRÜNEN, SPD, ÖTV, DGB, GEW und Einzelpersonen wie F.J.Degenhardt, M. Theodorakis, W.Biermann, G. Wallraff, Björn Engholm, René Böll, D.Sölle, H.E. Richter, Franz Alt und viele andere mehr, ist zu befürchten, daß die beiden Generalsekretäre wegen "Aufwiegelung zum Klassenkampf" vor Gericht gestellt werden und mit der Todesstrafe zu rechnen haben.

Dies muß unbedingt verhindert werden! Daher sind alle Demokraten aufgefordert, Druck auf die Regierung Osal auszuüben, um die sofortige Freilassung von Sargin und Kutlu zu bewirken.

Auch in Recklinghausen hat sich eine Initiative zur Freilassung der Generalsekretäre und zur Demokratisierung der Türkei gebildet, die im Augenblick von den GRÜNEN, der Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit und dem Türkischen Arbeiterverein unterstützt wird und auf Beistand weiterer Recklinghäuser Demokraten hofft.

Am 10.12.1987 ist der Tag der Menschenrechte. Die Initiative ist der Meinung, daß dieser Tag von der Türkei zum Anlaß genommen werden sollte, ihren Demokratisierungswillen durch die Freilassung von Sargin und Kutlu sowie anderer politischer Häftlinge auszudrücken.

Die Initiative trifft sich das nächste Mal am 11. Januar um 20 Uhr in der Altstadtschmiede

*"... Dieses bedeutet, daß man vorhandene Maßnahmen und Einrichtungen durchaus in Frage stellen muß, um sie durch zeitgerechtere und sinnvollere Einrichtungen zu ersetzen. Dieser Veränderung müssen sich auch die Ruhrfestspiele stellen. Wir werden bis 1989 die Programmrevisi'on abgeschlossen haben und für die 90er Jahre an die Umsetzung gehen. Ruhrfestspiele und Theater, das kann in den 90er Jahren ein Festival der verschiedenen Ruhrgebiets-Theater sein, die von Recklinghausen aus, an der Idee der Ruhrfestspiele orientiert, die Kulturlandschaft des Ruhrgebiets präsentieren." (Jochen Welt auf dem diesjährigen SPD-Stadtparteitag)*

Hinter dieser wörtlichen Redepassage aus Jochen Welts Rede auf dem SPD-Stadtparteitag steckt der Beginn einer Diskussion der Recklinghäuser Sozialdemokraten bei den Ruhrfestspielen verstärkt den Rotstift anzusetzen. In der Sparkommission, Stadtdirektor Borggraefes Streichkabinett, hat die CDU ja schon öfter die Auflösung der Ruhrfestspielgruppe verlangt, ist ihr die Truppe ja eh zu links. Jetzt war wieder mal die Gelegenheit günstig, dies mit finanzpolitischen Argumenten zu fordern.

Auch in Sozialdemokratischen Ortsvereinen wurden diese Argumente schon mehrfach unter vorgehaltener Hand diskutiert. Man will den DGB als Träger der Ruhrfestspiele nicht verärgern. Doch die Millionen für die Ruhrfestspieltruppe sind der Sparkommission als jährliche feste Ausgabe ein Dorn im Auge. Hinter Jochen Welts etwas gewundener Ausführung auf dem Stadtparteitag steckt das Konzept "die Ruhrfestspiele in Zukunft mit Gastspieltruppen durchführen zu lassen", je

nach Kassenlage im städtischen Haushalt.

Welts Redebeitrag ist das erste öffentliche Signal in dieser Richtung. Von den Kulturpolitikern der Recklinghäuser SPD wurde es allerdings kaum bemerkt. Ohnehin schwindet in unserem Kreis die Zeit für feinsinnige Kulturpolitik.

Die 'Rudi Böhms', so genannt nach dem Recklinghäuser Verwaltungsdirektor, vom städtischen Streichorchester haben einen Taktstock ergriffen, der stark an einen Rotstift gemahnt. Für diese Sparkommissare sind die Ruhrfestspiele nur eine heilige Kuh mit deren Zitzen man die Löcher im Haushalt stopfen kann.

Rudi Böhm liegt ja eh als Adjutant von Major Niggemeyer das zackige Platzkonzert vor der Haardkaserne in Datteln, näher -die Ruhrfestspiele untergraben doch nur den Wehrwillen.

"Warten" -

"Sprinten" -

"Seitensprung"

Der tägliche Fußgängerdreikampf:



Eine in der öffentlichen Diskussion bisher weitgehend vernachlässigte Problematik hat der "Fußgängerschutz"-Verein (Fuss e.V.) mit seiner zum Ende des vergangenen Jahres gestarteten Aktion "Fußgängerfreundliche Ampeln" aufgegriffen.

Ampeln sind für Fußgänger durchaus ein brisantes Thema: Bei den verschiedensten Fußgängerbefragungen in bundesdeutschen Städten nahmen die Alltags-Probleme an Lichtsignalanlagen stets eine herausragende Stellung ein. Die Hauptprobleme waren dabei zu kurze Grün-Zeiten, der gleichzeitige Abbiegeverkehr, aber auch zu lange Wartezeiten, unzumutbare Umwege und ganz allgemein die Unübersichtlichkeit der Anlagen.

Die daraus entstehenden Unsicherheiten bis hin zur Angst der Fußgänger an signalgeregelten Übergängen war dabei nicht auf die oft als "besonders schutzwürdig"

bezeichneten Verkehrsteilnehmer-Gruppen (Kinder, langsame Senioren, Behinderte) einzugrenzen.

Die Unsicherheiten sind leider auch begründet:

■ Das Risiko, als Fußgänger im Stadtverkehr verletzt oder getötet zu werden, hat in den letzten Jahren ständig zugenommen.

■ Im Jahre 1986 starben 1.516 Fußgänger nach einem Verkehrsunfall allein in den Städten der Bundesrepublik Deutschland.

■ Mehr als die Hälfte aller innerörtlichen Fußgängerunfälle ereignen sich bundesweit an Knotenpunkten mit einer Lichtsignalanlage.

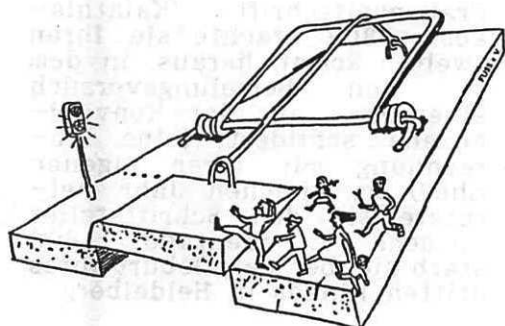
Obwohl seit einigen Jahren



die Unfall-Ursachen an Ampeln bekannt sind, werden praktische Maßnahmen in den Städten nur sehr zögernd durchgeführt. Wenn auch nur der Verdacht besteht, daß durch Verbesserungen für die Fußgänger die Autoverkehrsleistung des Knotenpunktes abnimmt, werden sie meist ganz unterlassen. Was einst als Fahrbahn-Überquerungshilfe für Fußgänger gedacht war, wird heute weitgehend als Instrument zur Verflüssigung des Autoverkehrs eingesetzt!

Und da hallt auch schon in den letzten Monaten der Ruf durch diese Autorepublik, daß die "Grüne Welle" für den Autoverkehr möglichst noch grüner werden sollte. Obwohl im Stadtverkehr laut Straßenverkehrs-Ordnung im Höchstfall, und nur wenn es die Situation zuläßt, 50 km/h gefahren werden dürfen, liebäugelt die Autolobby bereits mit einer "Grünen Welle" auf dem Niveau von 60 km/h. Schneller ist besser, so wird argumentiert, für die Umwelt. Nachgewiesen wurde dagegen gerade auch erst in den letzten Jahren, daß eine Geschwindigkeitsreduzierung auch im Stadtverkehr positive Auswirkungen auf die Luft- und Lärm-Situation hat. Fast durchgängig vernachlässigt wird in der Regel, daß sich die Verkehrsunfälle ganz drastisch reduzieren lassen, wenn auch nur die Geschwindigkeits"spitzen" im Stadtverkehr gekappt werden. Etwa 70% der Fußgängerunfälle mit Todesfolge ließen sich vermeiden, wenn die Geschwindigkeit um ca. 15 km/h niedriger liegen würde.

Damit wären zwei Problemfelder angerissen, wenn es um die Erhöhung der Verkehrssicherheit der Fußgänger im Stadtverkehr geht: Sichere



Hallo Partner - Dankeschön!



Übergänge und Verminderung der Kraftfahrzeuggeschwindigkeiten. So wie bei der Forderung der Verkehrsbürgerinitiativen nach Einführung flächenhafter Tempo 30-Regelungen, so werden auch Verbesserungen der Fahrbahnüberquerungen an Ampeln in der Regel nur auf massiven Bürgerdruck hin durchgeführt. Deshalb müssen die Fußgänger die Angst und den Streß an Ampeln überwinden und sich vor Ort für grundlegende Verbesserungen einsetzen. Leider sind Ampeln recht komplizierte Unwesen, sie werden ferngesteuert und als Laie steht man diesem System erst einmal recht hilflos gegenüber.

Hilfestellung geben will der Fuss e.V. mit seinem kleinen Informations- und Aktionspaket "Fußgängerfreundliche Ampeln in Städten und Dörfern" (40 seitige Broschüre, Aufkleber-Bogen, Mängel-Bogen). Die Informationen sind so aufbereitet worden, daß sie auch Laien einen relativ schnellen Einstieg in diese Thematik und eine praxisbezogene Umsetzung für eine problematische Ampelanlage

vor Ort erlauben.

Das Paket ist gegen Voreinsendung von DM 7 in Briefmarken (höchstens 1 DM-Werte) oder gegen Rechnung beim Fuss e.V., Kirchstraße 4, 1000 Berlin 21 zu bestellen.



Anzeige

**baukollektiv**

FF  
„Maurerleute, Zimmerleute  
und ein Vagabund...“

- ★ Altbau sanierung
- ★ Neu-, An- und Umbauten
- ★ Baubiologie

**betrieb in selbstverwaltung**  
ulmenstr. 17  
4350 Recklinghausen  
tel.: 02361 - 36774



# Frauen Machen Geschichte

Bei der Benennung von Straßen, Plätzen, Schulen, Jugendheimen und anderen öffentlichen Einrichtungen ist der HOLZWURM-Redaktion aufgestoßen, daß dafür in Recklinghausen nur sehr selten Namen von bedeutenden Frauen ausgewählt werden.

Diese chauvinistische Haltung von Rat und Verwaltung der Stadt Recklinghausen ist ein Ärgernis und zugleich eine Diskriminierung von über 50 Prozent unserer Bevölkerung, eine Herabwürdigung der gesellschaftlichen Rolle der Frau. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, sich mit ihren Möglichkeiten für eine Änderung dieser Praxis einzusetzen.

Paul, die Brüder Tieck, Fichte, Dorothea Mendelssohn. 1794 veröffentlichte Sophie ihren ersten Roman, der damals noch anonym erschien. Er bezog die damalige politische Gegenwart (Paris der Revolutionszeit) in die Handlung ein. Schon hier trat die erste deutsche "Berufsschriftstellerin" für das Recht der Frau auf freie Partnerwahl ein. Im Jahre 1801 ließ sich Sophie von Mereau scheiden und zog nach Camburg. In diese Zeit fiel eine rege literarische und Herausgebertätigkeit, u.a. der

Serie: \_\_\_\_\_

## "Das Frauenportrait"

Teil XIV: Sophie Mereau

\* 28.3.1770 - + 31.10.1806

Sophie Mereau wurde als Tochter eines herzoglich-sächsischen Sekretärs und Obersteuerbuchhalters in Altenburg geboren. Gemeinsam mit ihrer Schwester Henriette, die später eine namhafte Übersetzerin war, erhielt sie eine musische Erziehung und wurde in modernen Sprachen ausgebildet. Seit 1787 war sie mit dem Jenaer Bibliothekar und späteren Juraprofessor Mereau befreundet, der ihre literarischen Interessen und Arbeiten

unterstützte. Er war es auch, der für Sophie die Verbindung mit Schiller herstellte, in dessen "Thalia" sie 1791 ihre ersten Gedichte veröffentlichte. Schiller beauftragte sie, Texte der Mme de Stael zu übersetzen. 1793 heiratete sie Friedrich Mereau, mit dem zusammen sie zwei Kinder hatte, einen Sohn und eine Tochter. In ihrem Haus in Jena verkehrten viele bekannte Schriftsteller der damaligen Zeit, wie z.B. Jean

Frauenzeitschrift "Kalathiskos". 1803 brachte sie ihren zweiten Roman heraus, in dem sie den Befreiungsversuch einer Frau aus der Konventionenhehe schildert (eine Abrechnung mit ihrer eigenen Ehe?) Im gleichen Jahr heiratete sie den Schriftsteller Clemens v. Brentano. 1806 starb sie bei der Geburt ihres dritten Kindes in Heidelberg.

# 10 JAHRE Deutscher Herbst

Fortsetzung

## Der Kampf gegen die Haft- bedingungen

Die Aktivitäten der Verteidiger richteten sich zunächst auf die Beseitigung der unmenschlichen Haftbedingungen. Die Anwälte beantragten die Hinzuziehung medizinischer Sachverständiger, die den Gesundheitszustand der Gefangenen untersuchen sollten. Das Gericht berief die beiden Psychiater Erhardt und Mende, die der konservativen Schule der forensischen (gerichtlichen) Psychiatrie angehörten.

Nach Protesten von Verteidigern und Angeklagten wurden zusätzlich Prof. Dr. Wilfried Rasch, der Leiter des Instituts für forensische Psychiatrie der Freien Universität Berlin, und die beiden Internisten Müller und Schröder vom Gericht berufen. Die drei letzteren erhielten auch von den Gefangenen die Gelegenheit zu einer Untersuchung.

Die beiden Internisten kamen in ihrem Gutachten zu dem Ergebnis, daß die Angeklagten aufgrund ihres angegriffenen Gesundheitszustandes nicht mehr als drei Stunden täglich verhandlungsfähig seien. Der Psychiater Rasch stellte bei den Gefangenen u. a. rasche Erschöpfung, Konzentrations-, Wahrnehmungs-, Koordinations- und Orientierungsschwierigkeiten, vermindertes Leistungsvermögen und Kopfschmerzen fest. Die Ursachen sah er in den zurückliegenden Hungerstreiks und den Haftbedingungen. Er kommt zu der Schlußfolgerung: »Entscheidende Behandlungsmaßnahmen auf psychiatrischem Gebiet liegen in einer Änderung der Haftbedingungen mit Ermöglichung größerer sozialer Interaktionen.« Aufgrund des erheblich angegriffenen Gesundheitszustandes müsse, so Rasch, mit einer mehrmonatigen Behand-

lungszeit gerechnet werden, während der der Prozeß nicht fortgesetzt werden könne« (Bakker-Schutz).

## Der Ausschluß der Angeklagten

Die Gutachten veränderten zwar nicht die Haftbedingungen der Angeklagten, die Reaktion des Gerichtes auf die medizinischen Gutachten zeigte aber, mit welchem Zynismus das Verfahren, ohne Rücksicht auf Verluste, durchgezogen werden sollte.

Am 30. September erklärte das Gericht die Angeklagten für verhandlungsunfähig und Beschluß, das Verfahren in Abwesenheit der Beschuldigten weiterzuführen. Dieser Beschluß wurde auch vom Bundesgerichtshof (BGH) und vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) für rechtmäßig erklärt. Die Begründung liest sich wie folgt: »Der Verdacht der (auch in der Haft weiter bestehenden) Mitgliedschaft in

der "kriminellen Vereinigung" RAF rechtfertigt spezielle Haftbedingungen, die die Gesundheit der Angeklagten bis zu ihrer Verhandlungsunfähigkeit angreifen, so daß es gerechtfertigt ist, die auf diesem Verdacht beruhende Anklage in Abwesenheit der Angeklagten zu verhandeln« (Bakker-Schutz).

## Kriminelle oder Kriegs- gefangene?

Ab Januar 1976 verfolgte die Verteidigung eine offensive Strategie in der Prozeßführung. Die Initiative begann mit der Verlesung der Prozeßerklärung durch die Angeklagten. »Diese Erklärung, ..., enthielt eine umfassende Analyse der Entwicklung des weltpolitischen Geschehens des letzten Jahrzehnts, der Rolle des westlichen Imperialismus unter Führung der USA im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und des damit einhergehenden Faschisierungsprozesses, eine Analyse des bewaffneten Kampfs in den "Metropolen" und der sich daraus ergebenden Theorie und Praxis der RAF als Stadtguerilla« (Bakker-Schutz).

Gleich nach der Verlesung der Prozeßerklärung stellte der Rechtsanwalt Azzola (der gleichzeitig Professor für Öf-



Solidaritätsdemonstration in Frankfurt

fentliches Recht an der Uni Darmstadt war) im Namen von Ulrike Meinhof den Antrag, das Verfahren einzustellen und die Gefangenen in die Kriegsgefangenschaft zu überführen. »Der Antrag ist für den dialektischen Verlauf der Konfrontation zwischen (den Gefangenen aus) der RAF und dem westdeutschen Staat charakteristisch. Die RAF als kleine antiimperialistische Stadtguerillagruppe hat dem BRD- und US-Imperialismus den Krieg erklärt und diese Kriegserklärung mit ihren Aktionen in die Tat umgesetzt.« (Bakker-Schutz).

Nach einer umfangreichen Analyse des Kriegsvölkerrechts und der Stadtguerilla kommt Azzola zu dem Ergebnis: »Diejenigen, die in den Metropolen den Klassenkrieg führen, fallen also unter den Schutz der Genfer Konvention, weil sie Verbündete von nationalen Befreiungsbewegungen sind, für die wiederum die Regeln der internationalen bewaffneten Konflikte angewendet werden sollen.« (Bakker-Schutz).

Auf diese Forderungen konnte der westdeutsche Staat auf keinen Fall eingehen, würde das doch die Anerkennung der RAF als politisch-militärischen Gegner und den Zusammenbruch »der bis dahin praktizierten straf(prozeß)-rechtlichen Verschleierungstaktik für die tatsächlich

betriebene Verfolgung der RAF nach den Regeln der Aufstandsbekämpfung (counterinsurgency) bedeuten« (Bakker-Schutz).

---

### Die Vietnam-Anträge

---

Ergänzt wurden die Einlassungen der Angeklagten durch die Vietnam-Anträge, die die Verteidigung am 4. Mai 1976 stellte. »Der kurzgefaßte Inhalt dieser Anträge: Von 1954 bis mindestens 1974 hatten die Regierungen der USA durch ihr Eingreifen und ihre Kriegsführung in Indochina Verbrechen im Sinne des Völkerrechts begangen: Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese Kriegsverbrechen seien zu einem großen Teil von der BRD aus organisiert und unterstützt worden. Die damalige Regierung der BRD hätten vor allem im Jahre 1972 sowohl aktiv als auch passiv an diesen Kriegshandlungen mitgewirkt, wohl wissend, daß sie als völkerrechtliche Verbrechen anzusehen waren.« (Bakker-Schutz).

Zur Bestätigung dieser Tatsachen beantragten die An-

wälte die Anhörung einer Anzahl von hochkarätigen Zeugen, u.a.: Richard Nixon, Willi Brandt, Helmut Schmidt, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Gustav Heine-mann. Wegen dieser von den genannten Zeugen und Sachverständigen zu bestätigenden Tatsachen müsse das Gericht zu dem Schluß kommen, daß die Anschläge in Heidelberg und Frankfurt aufgrund eines völkerrechtlich begründeten Widerstandsrechts als ultima ratio (letzter Ausweg; A.d.V.) gerechtfertigt waren« (Bakker-Schutz).

Zwei Wochen später wies das Gericht die Beweisanträge als »ohne Bedeutung für die Entscheidung« zurück.

---

### Der Tod von Ulrike Meinhof

---

Am Sonntag, 9. Mai 1976, wurde Ulrike Meinhof in den frühen Morgenstunden tot in ihrer Zelle gefunden. Sie hing in einer Schlinge aus Handtuchstreifen, die am Fenstergitter befestigt war. Schon knapp zwei Stunden später wurde offiziell bekannt gegeben, Meinhof habe Selbstmord durch Erhängen begangen.



Vietnam 1972: Kinder fliehen vor einem Napalm-Angriff der US-Truppen

Der Selbstmordthese traten noch am selben Tag Anwälte und Verwandte Ulrike Meinhofs in einer Pressekonferenz entgegen. An der unkritischen Übernahme der amtlichen Verlautbarungen durch die Medien änderte das allerdings nichts. Am 11. Mai verlas Jan Carl Raspe während der Verhandlung eine Erklärung zu Ulrike Meinhofs Tod.

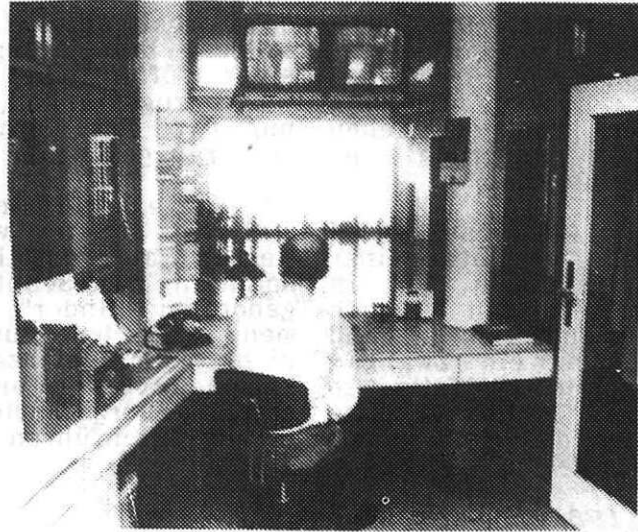
»Ich habe nicht viel zu sagen. Wir glauben das Ulrike hingerichtet worden ist. Wir wissen nicht, wie, aber wir wissen, von wem, und wir können das Kalkül der Methode bestimmen. Ich erinnere an Herolds Satz, "Aktionen gegen die RAF müssen mimmer so abgewickelt werden, daß Sympathisantenpositionen abgedrängt werden" und Buback: "der Staatsschutz lebt davon, daß sich Leute für ihn engagieren. Leute wie Herold und ich finden immer einen weg". Es war eine kalt konzipierte Hinrichtung - wie Holger hingerichtet worden ist, wie Siegfried Hausner hingerichtet worden ist.

Hätte Ulrike sich entschlossen zu sterben, weil sie als letzte Möglichkeit sah, sich - revolutionäre Identität - gegen die langsame Zerstörung des Willens in der Agonie der Isolation zu behaupten - hätte sie es uns gesagt, auf jeden Fall Andreas: so war die Beziehung« (Bakker-Schutz).

Die mysteriösen Umstände des Todes von Ulrike Meinhof veranlaßten das "Internationale Komitee für die Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa" zur Bildung einer Untersuchungskommission. Die aus 14 prominenten Persönlichkeiten bestehende Kommission förderte in zweijährigen Nachforschungen skandalöse Entdeckungen zu Tage.

»Die Behauptung der staatlichen Behörden, Ulrike Meinhof habe sich durch Erhängen selbst getötet, ist nicht bewiesen, und die Ergebnisse der Untersuchungskommission legen den Schluß nahe, daß sich Ulrike Meinhof nicht selber erhängen konnte. Die Ergebnisse der Untersuchung legen vielmehr den Schluß nahe, daß Ulrike Meinhof tot war, als man sie aufhängte, und daß es beunruhigende Indizien gibt, die auf das Eingreifen eines Dritten im Zusammenhang mit diesem Tod hinweisen« (Bakker-Schutz).

Erhärtet wurde dieser Ver-



dacht als 1977 bekannt wurde, daß seit 1975 Gespräche von Verteidigern und Angeklagten in Stammheim abgehört wurden. Und zwar über eine Abhöranlage, die vom Bundesnachrichtendienst (BND) ohne Wissen des Anstaltspersonals installiert wurde. Bei einer Ortsbesichtigung stellte eine Gruppe baden-württembergischer Landtagsabgeordneter fest, daß es entgegen den bisherigen Aussagen noch einen zweiten Zugang zum Zellentrakt im 7. Stock des Gefängnisses gab. Dabei handelte es sich um eine Tür, die zu einer Feuerleiter führt, die im Gefängnishof mündet. Es steht also unzweifelhaft fest, daß der BND und andere Geheimdienste unkontrolliert Zugang zum Zellentrakt im 7. Stock des Gefängnisses hatten.

Die Untersuchungskommission nahm dazu wie folgt Stellung: »Am 4.5.76 hatten die Gefangenen im Stammheimer Prozeß Beweisanträge gestellt, bei deren Erarbeitung Ulrike Meinhof maßgeblich beteiligt war. Eine Linie dieser Anträge beinhaltete die Entlarvung gewisser Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft; ... Die Unterdrückung der politischen Inhalte und die reibungslose Aburteilung schien in Frage gestellt. Es wurde klar, daß die Konfrontation an diesem Punkt des Prozesses ihrem

Höhepunkt erreicht hätte.«  
 »Gegeben war somit die Konstellation für einen politischen Mord, der sich angesichts der gegen eine Selbsttötung sprechenden konkreten Gründe aufdrängt« (Bakker-Schutz).



Fortsetzung folgt

**Radsport**  
**HILTROP**  
 Kaiserwall 14  
 4350 Recklinghausen  
 Tel. 02361/2 34 06

- Mountain Bikes
- Touren-, Sport- und Rennräder
- Zubehör u. Bekleidung

# Weg mit dem §218 !

**Januar 1987:** Das Arbeitsgericht Iserlohn entscheidet, daß eine Arbeiterin, die nach einer Abtreibung drei Wochen krankgeschrieben war, keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung hat.

**Februar 1987:** Das Amtsgericht Celle verbietet einer 16jährigen Schülerin, die in einem Heim lebt, den Abbruch einer Schwangerschaft und verhängt sogar ein Zwangsgeld gegen sie. Notfalls, so die Herren Richter, könne die 16jährige das Kind ja zur Adoption freigeben.

**August 1987:** Das Amtsgericht Nürnberg verurteilt einen Arzt zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung und 10.000 DM Geldstrafe wegen "Beihilfe zu unerlaubten Abtreibungen". Der Arzt hatte sich nicht etwa als Kurpfuscher betätigt, sondern ganz legal Indikationen für Schwangerschaftsabbrüche ausgestellt. In den Augen des Gerichts waren das allerdings "Indikationen ohne Grund", weil der Arzt den Frauen glaubte, wenn sie eine Notlage geltend machten und ihre Angaben nicht nachprüfte.

Noch sind solche skandalösen Gerichtsurteile Einzelfälle. Aber das soll sich ändern. Sofort nach der Bundestagswahl nämlich haben die Regierungsparteien beschlossen, den Frauen generell das Recht der eigenen Entscheidung abzuspriechen, ob sie (noch) ein Kind bekommen wollen oder nicht. Geschehen soll das mit Hilfe eines sogenannten Beratungsgesetzes. Dieses Gesetz, das eigentlich Bevormundungsgesetz heißen müßte, sieht vor:

• Beratungsstellen sollen nur noch staatlich anerkannt und gefördert werden, wenn sie einseitig "zugunsten des Lebens" beraten. Ob die Frauen (noch) ein Kind wollen oder nicht, was überhaupt aus dem Leben der betroffenen Frauen wird, soll zweitrangig sein.

• Die Regierung wollte sogar, daß die Beratungsstellen auch mit dem Freund bzw. Ehemann, mit den Eltern und

dem Arbeitgeber (!) sprechen sollten. Erst aufgrund massiver öffentlicher Proteste wurde zugestanden, daß dies nur mit dem Einverständnis der Frau geschehen darf.

• Ärzte, die Indikationen stellen, sollen verpflichtet werden, an Fortbildungsmaßnahmen "zum Schutz der ungeborenen Kinder" teilzunehmen. Außerdem dürfen Ärzte nicht mehr gleichzeitig Indikationen stellen und die gesetzlich vorgeschriebene Beratung durchführen.

Das dürfen die Frauen sich nicht gefallen lassen! Sie haben ein Recht darauf, selbst zu entscheiden, ob, wann und wieviele Kinder sie wollen. Sie haben ein Recht darauf, ihr Leben selbst zu planen - ohne schlechtes Gewissen und ohne sich deshalb von Bischöfen, Richtern, Ärzten und Politikern als Verbrecherinnen beschimpfen lassen zu müssen.

Deshalb muß das geplante Beratungsgesetz vom Tisch. Und deshalb muß der §218 endlich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden. Das fordern seit einigen Jahren auch verschiedene Gewerkschaften, so die ÖTV, die



Schon heute haben Frauen vor allem in Bayern und Baden-Württemberg kaum Möglichkeiten, in ihren Heimatorten legal eine Schwangerschaft abzubrechen. Sie sind oft gezwungen, in andere Bundesländer oder nach Holland zu fahren. Tritt das Beratungsgesetz in Kraft, werden wir diese berücktesten süddeutschen Verhältnisse in der ganzen Republik haben!

Schon heute können katholische Bischöfe, reaktionäre Ärzte und Politiker Frauen, die abtreiben, ungestraft als "Mörderinnen" beschimpfen. (Hätten ihre Mütter doch damals besser ab...!) Mit dem geplanten Beratungsgesetz leistet die Bonner Regierung diesen reaktionären, frauenfeindlichen Kräften massive Schützenhilfe.

HBV, die IG Metall und die DGB-Frauen. Denn solange Abtreibung grundsätzlich strafbar ist, wird es kein Selbstbestimmungsrecht für Frauen geben.

Das zeigen die letzten Jahre sehr deutlich. Unaufhörlich haben kirchliche Kreise und Teile der CDU/CSU versucht, die Frauen wieder total zu bevormunden und zu entrechteten, allein schon mit dem jetzt noch gültigen Indikationsgesetz. Mit dem geplanten Beratungsgesetz - und mit Hilfe der FDP - wollen sie den endgültigen Durchbruch schaffen.

Claudia

## Dümmliches aus dem Kreishaus

# Wie oft kann man Spiegeleier in die Pfanne hauen?

"Dem HÖLZWURM geht es nicht um einer wahrheitsgemäße Berichterstattung, sondern um Munition für die Verunglimpfung von Repräsentanten des Kreises".

Ist schon herbe, was da Oberkreisdirektor Pezely über die WAZ am 19. Dezember verlauten ließ. Wird uns doch von Leserseite vorgeworfen, wir schonten die Filzokratie im Kreis viel zu sehr, und bemühen wir uns doch in der letzten Zeit verstärkt, die Arbeit der oben erwähnten Repräsentanten zu würdigen.

Dem steht aber Pezely entgegen, verwehrt er uns doch seit Monaten die üblichen Presseunterlagen zu den Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse. Das soetwas in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ungewöhnlich ist - wenn auch für unsere provinziellen Verhältnisse nicht unerwartet - war wohl auch Innenminister Schnoor klar. Er forderte Pezely zu einer Stellungnahme auf.

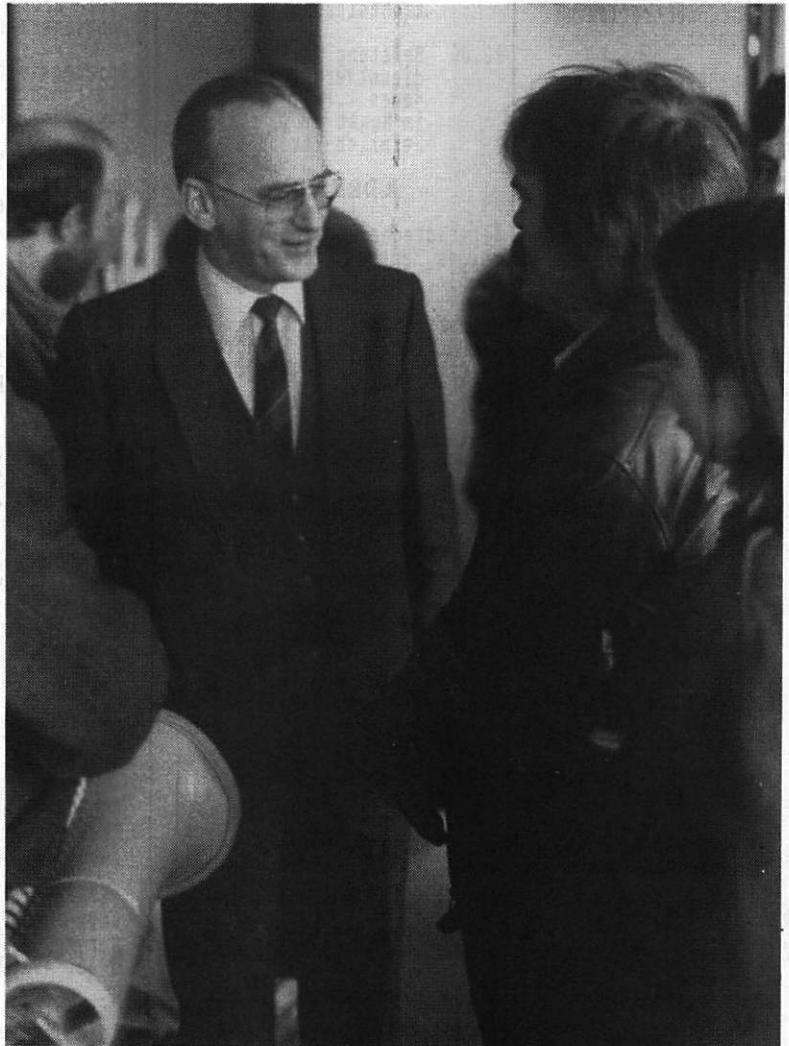
Und dieser reagierte und ließ dies auch gleich von der WAZ abdrucken. "Der Umstand dürfe nicht unberücksichtigt bleiben, daß es der Zeitschrift offenbar einzig und allein darauf ankomme, herabwürdigende Meinungsäußerungen über exponierte Vertreter des Kreises zu veröffentlichen."

Im Klartext: Der Inhalt der Zeitschrift entscheidet, ob die Presseinformationen zugestellt werden oder nicht. So dümmlich hat sich wirklich noch keiner unserer politischen Kontrahenten angestellt. Und das als Jurist. Aber auch schon Pezelys Vorgänger Kann war Jurist und stolperte über seine "lockeren Worte".

Und dann wird auch noch der arme Pressesprecher des Kreises, Manz, von Pezely mit reingerissen. Diesem sei "sinngemäß" zum Ausdruck gebracht worden, "der Holzwurm benötige deshalb Informationen, um Niggemeier, Pezely und Marmulla in die Pfanne zu hauen".

Die WAZ schreibt zwar nicht, wer dies sinngemäß zum Ausdruck gebracht hat, aber eine Frage stellt sich doch für uns: Wie haut man jemanden in die Pfanne, wenn dieser das schon selbst erledigt?

■ ■ ■



Fühlt sich vom Holzwurm angegriffen: Oberkreisdirektor Pezely

# Termine & Adressen

## FESTE TERMINE

### MONTAG

- 17.00 Redaktionssitzung der Antifaz, Altstadt-schmiede, Kellerstr. 10
- 19.00 Frauennotruf Tel. 15457 (bis 22.00)
- 19.00 Öffentl. Ausschusssitzung i.d. Altstadtschmiede
- 19.30 Chor der Recklinghäuser Gewerkschafter Musikschule, Im Ron
- 20.00 Redaktionssitzung des "Fachwerk", Ökumenisches Zentrum, Nordseestr.
- 20.00 DIE GRÜNEN (Plenum) Herner Str. 43

### DIENSTAG

- 16.00 Öffentlichkeitsarbeitsgruppe d. Altstadtschmiede
- 18.00 Percussionskurs mit Hardy Bußlapp i.d. Altstadtschmiede
- 19.30 DIE GRÜNEN/Kaffee + Tee - Diskussionsrunde Herner Str. 43
- 20.00 DFI-Gruppentreffen Am Lohtor 1
- 20.00 DIE GRÜNEN, AG Umwelt, Herner Str.43.
- 20.00 Treff junger Frauen Frauenzentrum
- 20.00 Plenum für alle Frauen der Initiativen und Einzelfrauen im Frauenzentrum jeden 2. Dienstag i.M.

### MITTWOCH

- 18.30 Attatroll Buchladen, Gruppentreffen
- 19.00 Treffpunkt f. Flüchtlingsarbeit, Kirchengemeinde Bruch, Magdalenenstr. 3, RE: ab 20.00 Beratung von ausländischen Flüchtlingen
- 19.00 Antifaschistischer Bund, Altstadtschmiede
- 20.00 DFG/VK, jeden 2. Mi. i.M.: Heinrich-Pardon-Haus
- 20.00 Die Grünen, Fraktionssitzung Herner Str. 43
- 20.00 BI Atom-Stopp Autonomes Zentrum

### DONNERSTAG

- 17.00 Kulturgruppe/Programmerstellung d. Altstadtschmiede
- 19.00 Lesbengruppe Frauenzentrum
- 19.00 Frauennotruf

Tel. 15457 bis 22.00

- 20.00 Sitzung der Frauennotrufgruppe Frauenzentrum
- 20.00 Förderkreis Städtepartnerschaft Recklinghausen-Sebaco (Nicaragua) Altstadtschmiede
- 20.00 Amnesty International, ab 4.6. alle 14 Tage Paulushaus a.d. Pauluskirche
- 20.00 Friedensinitiative Quellberg/Ost Gaststätte Alt Hillen
- 20.00 Friedensinitiative West Gaststätte Pauluseck
- 20.00 "Muttermilch ein Menschenrecht e.V. jeden 1.Do. i.M. Autonomes Zentrum

### FRIDTIG

- 18.30 Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Heinrich-Pardon-Haus
- 18.30 HOLZWURM öffentliche Redaktionssitzung
- 20.00 Beratung von Kriegsdienstverweigerern, jeden 1.+ 3. Freitag im Monat Heinrich-Pardon-Haus

### ADRESSEN

Altstadtschmiede/Soziokulturelles Zentrum, Kellerstr.10. 02361/21212

Amnesty International c/o Dorothe Lütke, RE, Nordseestr. 33, 02361/498432

Antifaschistischer Bund (AFB) Falko Wieneke, RE, Herner Str. 8, 02361/27302

Arbeitslosenzentrum RE-Süd, Pavillion am Sportplatz Sauerbruchstr. Mo-Fr 9-17 Uhr, 02361/61115

Attatroll Buchladen Herner Str.16 02361/17002

Autonomes Zentrum "Krim", Münsterstr.2a 02361/15698

Baukollektiv Ulnenstr.17,RE, 02361/36774

Begegnungs- und Beratungszentrum, Bochumer Str., 02361/33683

Bürgerinitiative "Atom-Stopp", c/o Ulrike Waterkamp, Kirchplatz 3, 4350 Recklinghausen

Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ), Kemnastr. 7, 02361/21073

Demokratische Fraueninitiative (DFI), c/o Waltraud Weber, RE

Hillen 15, 02361/47697

Deutsch-Türkischer-Verein, RE, Am Steintor 5, 02361/17483

Deutsche Kommunistische Partei, RE, Wiener Str., 02361/31437

Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK), c/o Jürgen Pawlik, Sedanstr. 16, Tel. 61143

DGB-Kreisjugendausschuss RE, Dorstener Str. 27a, 02361/21040

Drogenberatung (DROB) RE, Hochlarmarkstr. 72 02361/36022

Fachwerk Stadtteilzeitung, Nordseestr. 104

Fahrradladen BO, Herner Str. 119, 0234/582826

Familienbildungsstätte RE, Kemnastr.23a, 02361/22551

Förderkreis Städtepartnerschaft Recklinghausen-Sebaco (Nicaragua), c/o Alexander Kühnl, RE, 02361/59536

Frauenzentrum, RE, Am Lohtor 1, 02361/15457

Freie Arbeiter Union Postlagerkarte 064162A, RE

Friedensinitiative Nord c/o Rüdiger Mack, Borster Weg 60b 02361/ 182214

Friedensinitiative Quellberg/Ost c/o Vitus Lersch, RE, Nordseestr. 114, 02361/492083

Friedensinitiative Süd c/o Albrecht Weidling, RE, Tiefer Pfad 24, 02361/14613

Friedensinitiative West c/o Jürgen Flüchter, RE, Misgeldstr. 16, 02361/183141

Gleichstellungsbeauftragte Tela Ritschke, RE, Stadthaus, Eingang C, Zi. 6 (di-fr 8.30 bis 12.30), 02361/587833

DIE GRÜNEN, Fraktion Rathaus, Zimmer 117 Mo-Fr 9-13 Uhr, 02361/587462

DIE GRÜNEN, Stadtverband Herner Str., 43 02361/181241

Heinrich-Pardon-Haus Jugendzentrum, Wichernstr. 4, 02361/44666

HOLZWURM Zeitschrift für Recklinghausen und Umgebung, Münsterstr. 2a, 02361/15698

Informationszentrum für Umwelt- und Naturschutz (IUN) Dortaunder Str. 262, 02361/492696

Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit c/o Martin Upphof, Ginsterweg 4, 4370 Marl-Sinsen, 02365/84927

Jugendzentrum Marienstr., RE, Marienstr. 2, 02361/36209

Junges Forum Ruhrfestspielhaus, 02361/15521

Jungsozialisten RE, Paulusstr.45, 02361/29329

Kooperationskreis f. Flüchtlingsgragen c/o Cornelia Fidora, Bochumer Str. 161a, RE

Mitfahrzentrale f.d. Kreis Recklinghausen/Arbeitslosenzentrum Datteln, Am Bahnhof 18, 02363/71766 (mo-fr 11-18, sa 11-14, so/feiertags 11-13)

MLPD, c/o Christoph Klug RE, Schützenstr. 16

"Muttermilch - ein Menschenrecht e.V. c/o Annette Holt-Hausen, Westerholter Weg 16, 02361/29955

Netzwerk Ruhr-Ost c/o Geschichtswerkstatt, Am Ölpfad 27, 46 Dortmund Hörde, Tel. 0231/462242 - Regionalkontakt: Norbert, Tel. 02361/7182085

Pro Familia Beratungsstelle, RE, Springstr.11, 02361/26701

Rote Hilfe Deutschland c/o Almuth Euler, RE, Immenkamp 21 02361/12657

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden c/o Michael Bodin, Joh.-Sebastian-Bach-Str. 26, RE 02361/14783

Sozialistische Deutsche Arbeiter Jugend (SDAJ) c/o Gitti Justen, RE, Marienstr. 73, 02361/61484

Sonnenblume Naturkostladen, Springstr., 02361/13927

Theater im Depot RE, Castroper Str. 23, 02361/47774

Türkischer Arbeiterverein RE, Marienstr. 4, 02361/62564

Verband alleinerziehender Mütter und Väter Dortaunder Str.11, RE 02361/22551

Verbraucherberatung RE, Breite Str. 11, 02361/24101

Volkshochschule, RE, Herzogswall 17, 02361/587383

Wurzel Naturkostladen König-Ludwig-Str. 24, 02361/32531

Bitte Änderungen sofort an uns weitergeben. Telefon: 15698 Stand: 23.11.87



# TERMIN

**Montag,  
4.1.**

20.00 "Der Rabe"  
- Illustrationen zu E.A.Poes  
Gedicht, dazu Musik von und  
mit der Folkgruppe TonArt:  
Ausstellungseröffnung: Bürger-  
haus Herten-Süd

**Mittwoch,  
6.1.**

15.30 "Karlsson  
auf dem Dach". Kin-  
derfilm im Studio Schauburg,  
Horster Str.6. Gelsenkirchen

19.00 Aissis Un-  
tergrund: Film i.d. Alt-  
stadtschmiede

**Donners-  
tag, 7.1.**

20.00 Thomas C.  
Breuer, Lesung in der Ze-  
che Bochum, Studio

**Freitag,  
8.1.**

20.00 Der Aufhō-  
rer von Moritz Dürr. Ein  
Hörstück von Bernhard Thomas.  
Über das Geheimnis der Horn-  
haut, die Kunst des Weinbaus  
und des Violinspiels, über  
Dreivierteltaktsucht und Ta-  
lentpflege sinniert der Vic-  
linvirtuose, der seine Kar-  
riere vor über 20 Jahren abge-  
brochen hat. Eine Pediküristin  
pflegt derweil die Füße des  
"Aufhörens". Eine groteske Si-  
tuation in einer bösen Komö-  
die. Sie macht sich lustig  
über Künstler und Kunst im  
allgemeinen und parodiert im  
besonderen den österreichi-  
schen Dichterpapst Thomas  
Bernhard und seine Starschau-  
spieler Bernhard Minetti. Mor-  
ritz Dürr, der Autor des  
Stücks, spielt seine Hauptfig-  
ur selbst. Erzählt wird mit  
dieser Bernhard Minetti-Par-  
odie von den Schrülligkeiten  
eines alten Mannes, der in  
dieser Welt längst keinen  
Platz mehr hat: WLT, Stadt-  
halle Castroo-Rauzel

**Sonntag,  
10.1.**

18.00 Ruhr  
Schock 88 Independent  
Festival mit *Walking on the  
water, What Noise, Dizzy Sa-  
bellines*: Flexi, nur Abendkasse  
DM 8

20.00 'le clou',  
französische Caiun-Musik, Bür-  
gerhaus Herten-Süd

20.00 Caberett  
"Korax": Altstadtschmiede

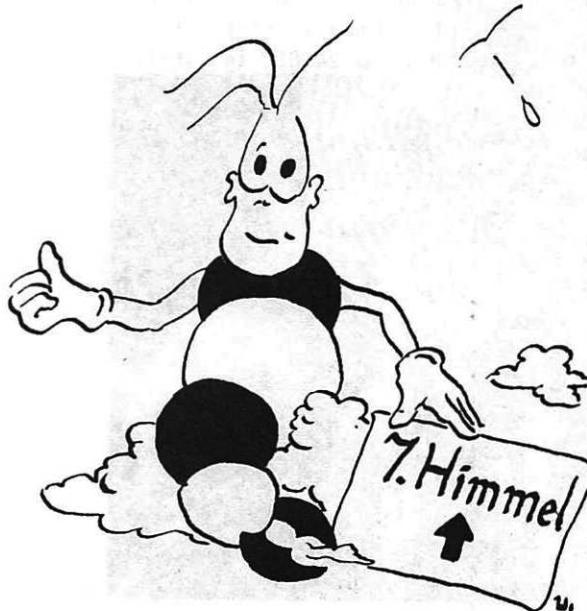
**Montag,  
11.1.**

18 u. 20.00 "Han-  
nah und ihre  
Schwestern", der Film  
läuft im Studio der Stadthalle  
Gladbeck

20.00 Jango Ed-  
wards in der Zeche Bochum

**Dienstag,  
12.1.**

15.30 "Karlsson  
auf dem Dach". Kin-  
derfilm, diesmal im Studio im  
Anollo, Bahnhofsstr.79



**Mittwoch,  
13.1.**

20.00 Zwei Drit-  
tel - Musikkabarett in der  
Zeche Bochum

19.00 Die Abfah-  
rer: Film i.d. Alt-  
stadtschmiede



"Wohin?  
Zum Don Juan  
natürlich - gros-  
se Vorbilder life  
erleben!" (16.01,RE)

**Mittwoch,  
13.1.**

20.00 Zwei Drit-  
tel - Musikkabarett in der  
Zeche Bochum

**Donners-  
tag, 14.1.**

20.00 Zwei Drit-  
tel - Musikkabarett in der  
Zeche Bochum

20.30 "Atomma-  
cho" u. "Zwischen  
zwei Kriegen", Filme  
in der Schauburg (GE-) Buer,  
Horster Str. 6

**Freitag,  
15.1.**

Bürgerhaus Herten-Süd:  
Südafrika-Projekt  
- verschiedene Veranstaltungen  
vom 15. bis zum 25. Januar:  
19.00 "Annäher-  
ung an die Frei-  
heit"-Ausstellung, laut  
ihrer Veranstalter ist diese

# TERMINE

Ausstellung die umfassendste in deutscher Sprache zur Situation in Südafrika

20.00 "Winnie Mandela: Ich gebe nicht auf". Film und Diskussion

ab 21.00 Afro-music live. Eintritt: 5 DM

20.00 Tagebuch eines Wahnsinnigen: Sezession Bochum nach Gogol

20.00 Der Aufhörer von Moritz Dürr 'Inform. siehe 8.1.'

20.00 Trix: Jazz i.d. Altschadtschniede

**Samstag,  
16.1.**

19.30 Don Juan. Komödie von Molière, Ruhrfestspielhaus Recklinghausen

14.00 Laut & Lästig - das sind zweisehernde bis heulende Chorgesänge aus markigen Männerkehlen, fetzende, dröhnende Rhythmen, Melodien und eingängige Klänge auf insgesamt sieben verschiedenen Instrumenten, wirbelnde Figuren und Schritte bei musicalreifen Tanzszenen, grotesker Klamauk, absurde Komik und rasante Slapstick-einlagen. Inhaltlich geht es nicht nur um die hohle Politik, sondern auch um die vielen kleinen und größeren Schwächen markanter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, also Leute wie Du und Ich...  
Eintritt DM 5/7: Michaelshaus, Alt-Marl

20.00 Tagebuch eines Wahnsinnigen: Sezession Bochum nach Gogol

**Sonntag,  
17.1.**

19.00 Tagebuch eines Wahnsinnigen: Sezession Bochum nach Gogol

20.00 Kolik - Uraufführung, letzter Teil der Trilogie KRIEG v. R. Goetz: Theater im Depot

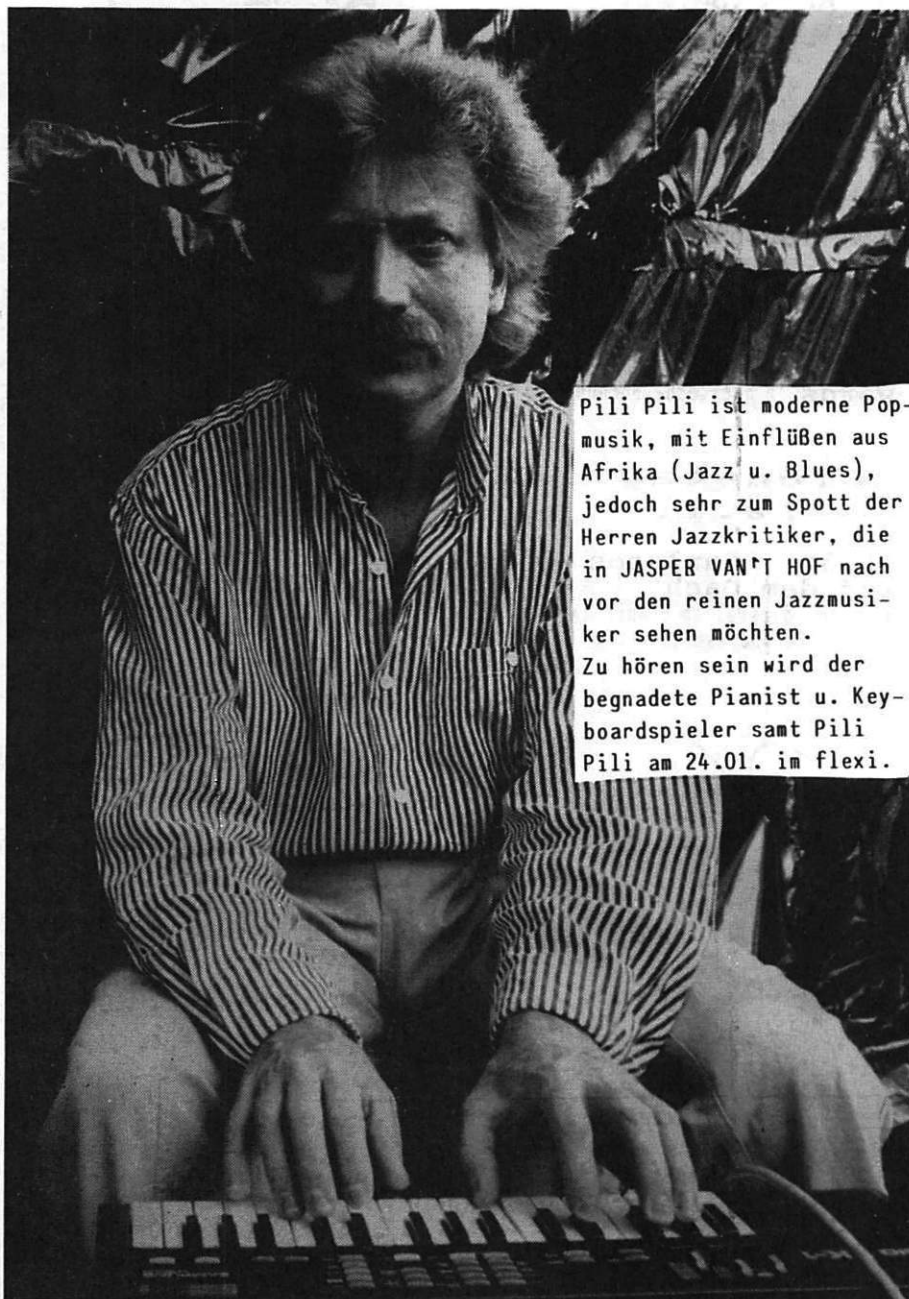
**Montag,  
18.1.**

18. u. 20.00 "Johnny zieht in den Krieg", Film im Studio der Stadthalle Gladbeck

20.00 Tagebuch eines Wahnsinnigen: Sezession Bochum nach Gogol

**Dienstag,  
19.1.**

15.30 und 18.00 "Brazil".  
20.30 "Das Stahltier", "Railrodder", "North". Filme im Apollo-Gelsenkirchen, Bahnhofstr.79



Pili Pili ist moderne Popmusik, mit Einflüssen aus Afrika (Jazz u. Blues), jedoch sehr zum Spott der Herren Jazzkritiker, die in JASPER VAN'T HOF nach vor den reinen Jazzmusiker sehen möchten.

Zu hören sein wird der begnadete Pianist u. Keyboardspieler samt Pili Pili am 24.01. im flexi.

# TERMIN

## Donnerstag, 21.1.

20.00 Tagebuch eines Wahnsinnigen: Sezession Bochum nach Gogol

20.00 Tucholsky lebt - Musical: WLT im Theater der Stadt Marl

?? Apartheid: Ausstellungseröffnung, Gisela Münnighoff: Altstadtschmiede

## Freitag, 22.1.

20.00 Tucholsky lebt - Musical: WLT, Stadthalle Castrop-Rauxel

15.30 Trallafitti, Figurentheater: Altstadtschmiede

## Samstag, 23.1.

20.00 "Woza"-schwarze Stücke, VVK DM 5/ AK DM 6, Herten-Süd

19.00 Dekadent-Festival mit den Gruppen *Family Five*, *They Fade in Silence*, *S-Chords*, *Blue Velvet*, *Flower Pornes*: Rocktunnel, Karthäuser Wall 18, Köln 1: DM 11

20.00 Der Aufhörer von Moritz Dürr (Inform. siehe 8.1.)

## Sonntag, 24.1.

20.00 Kolik - letzter Teil der Trilogie KRIEG v. R. Goetz: Theater im Depot

20.00 Pili Pili. Jasper van't Hof: rhythmische, tanzbare Musik und natürlich schwarzer Pfeffer. Die afrikanisch-europäische Band des Holländischen Keyboarders gehört zu den anerkanntesten Vertretern des Ethno-Beat wie u.a. auch Paul Simon, Peter

Gabriel, Dissidenten: Flexi. DM 15/18

## Montag, 25.1.

20.00 "Freiheit für Nelson Mandela", Film und Diskussion mit einem Vertreter des ANC. Herten-Süd

## Mittwoch, 27.1.

15.30, 18.00, 20.30 "Einer flog über das Kuckucksnest", Schauburg Buer, Horster Str.6, der Streifen läuft auch am 2.02. zu den selben Zeiten im Studio im Apollo, Bahnhofstr.79, ebenfalls Gelsenkirchen

### Veranstaltungs-orte

Aula Kuniberg, Recklinghausen. Im Kuniberg

Altstadtschmiede, Recklinghausen, Kellerstr. 10, Tel. 21212

Bürgerhaus Süd, Herten, Tel. 02366/330055

Drübelken, Recklinghausen, Münsterstr. 7, Tel. 23493

Flexi, Recklinghausen, Schulstr. 85, Tel. 81449

Insel, Marl, Bergstr. 23, Tel. 02365/14002

Ruhrfestspielhaus, Recklinghausen, Cäcilienhöhe, Tel. 25025

Theater im Depot, Recklinghausen, Castroper Str. 23

Volkshochschule Recklinghausen, Herzogswall 17, Tel. 587383

WLT, Westf. Landestheater, Castrop-Rauxel, Europaplatz 10, Tel. 02305/1617-18

Zeche Bochum, Bochum, Prinz-Regent-Str. 50-60, Tel. 0234/72003-4

19.00 Außenseiter des Trickfilm: Filme i.d. Altstadtschmiede

## Freitag, 29.1.

20.00 "Im Innern des Wals", Film im Bürgerhaus-Ost in Gladbeck

19.30 Cabaret, Musical im Ruhrfestspielhaus Recklinghausen

20.00 Bürger Schippel: WLT im Theater der Stadt Marl

20.00 Tagebuch eines Wahnsinnigen: Sezession Bochum nach Gogol

20.00 A Bloody English Garden v. Nick Fisher: WLT, Stadthalle Castrop-Rauxel

20.00 Theater Alphonse, Eine abgelebte Zirkusnummer; Altstadtschmiede

## Samstag, 30.1.

20.00 Ein jiddischer Abend, Gastspiel des Rheinischen Landesth. Neuss: Stadthalle Castrop-Rauxel

20.00 Tagebuch eines Wahnsinnigen: Sezession Bochum nach Gogol

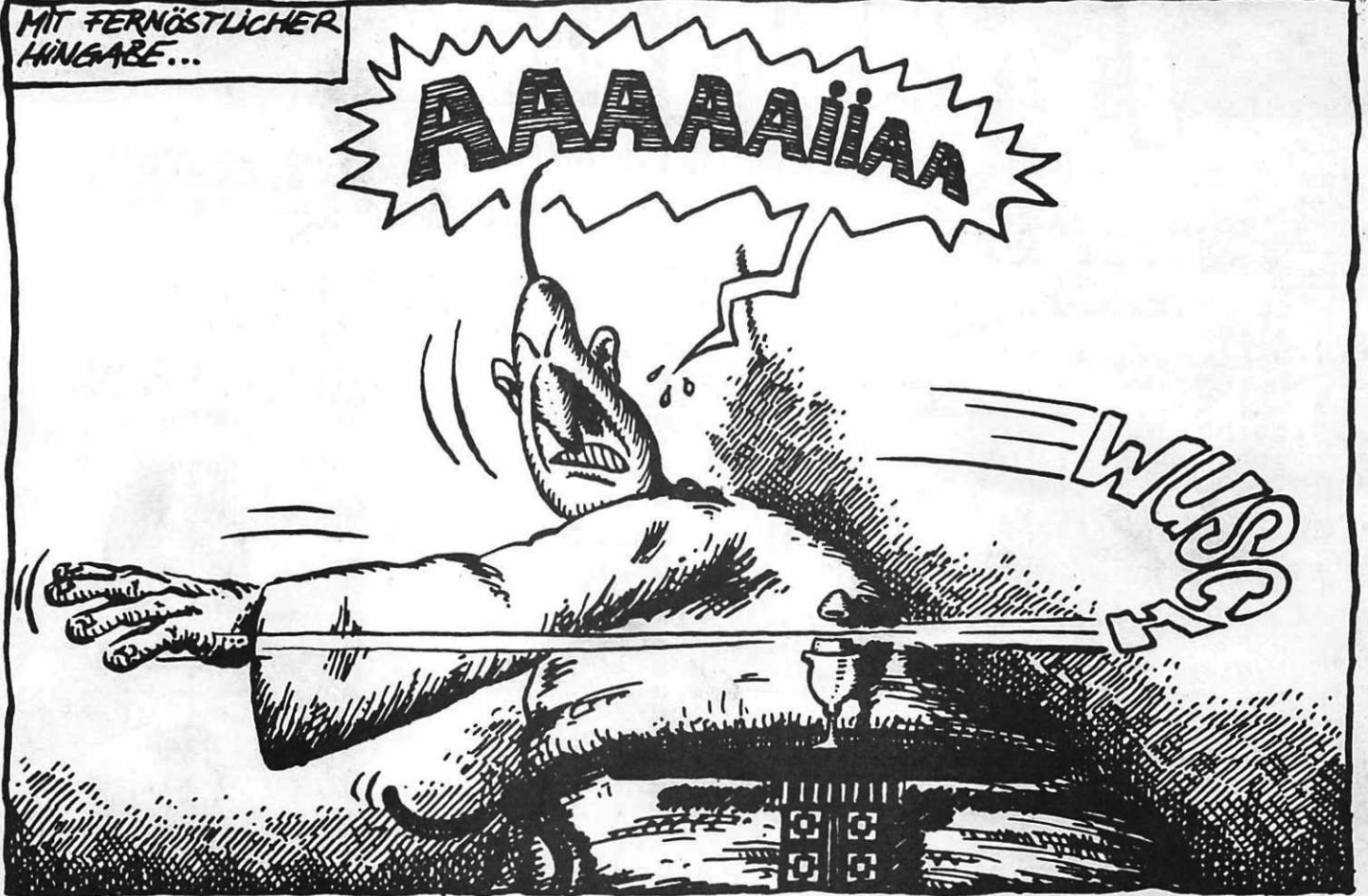
20.00 Red Castle & Rooty Groove Band, Doppelkonzert: Altstadtschmiede

## Sonntag, 31.1.

20.00 Die Oper vom großen Hohngelächter, Premiere des Dario Fo-Stücks: Theater im Depot

UND SIE? WIE ÖFFNEN SIE IHR FRÜHSTÜCKSEI?

MIT FERNÖSTLICHER  
HINGABE...



... ODER MIT DEUTSCHER  
GRÜNDLICHKEIT ?

